

Besprechungen

Wilhelm Winkler: Demometrie. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 447 S.

Wilhelm Winkler legt sein neuestes Werk vor, das Ansätze aus früheren Arbeiten („Typenlehre der Demographie“ und „Types and Models in Demography“) zur Vollendung bringt.

„Demometrie“ ist die „präzise Messung der Bevölkerungsvorgänge, durch mathematische Mittel“ (S. 20), also ein Gebiet, das herkömmlich als analytische Demographie bezeichnet wird. Sie gilt — nach Winkler — als höchste erstrebenswerte Fortentwicklung der Demographie entsprechend dem positivistischen Axiom, daß das Bestreben aller Erfahrungswissenschaften darin liege, „die Gegenstände ihrer Forschung immer schärfer zu erfassen und, wenn tunlich, in präziser mathematischer Form auszudrücken“ (S. 5). Da Demometrie als eigenes akademisches Fach nicht etabliert ist, müssen ihre Sprache und ihre Ziele dargestellt werden. Dieser Aufgabe ist die vorliegende Veröffentlichung gewidmet, welche sich in drei Teile gliedert: Vervollkommnung vorhandener und Aufstellung neuer statistischer Maßzahlen, Darstellung der Bevölkerungsvorgänge in der Zeit und demographischer Modellbau.

Der gewinnbringende Beitrag dieses Buches liegt in der umfassenden Zusammenstellung und Ergänzung statistisch-mathematischer Verfahren, die sich auf Aspekte des Bevölkerungsvorgangs beziehen.

Bei der Lektüre des Buches taucht allerdings sehr schnell die Frage auf, inwieweit eine ins Detail getriebene mathematische Darstellung von Aussagen sinnvoll ist, die selbst z. T. auf unbefriedigenden und verbesserungswürdigen Fragestellungen basieren. Das Bemühen, bevölkerungsstatistische Begriffe in mathematische Zeichen umzuschreiben und zu mathematischen Modellen zusammenzustellen, kann die Oberfläche der Bevölkerungsphänomene nicht durchstoßen und kann daher in der Bevölkerungswissenschaft stets nur eine dienende Rolle übernehmen. Die zentrale Problematik dieser Wissenschaft liegt immer noch darin, die „äußerlich“ sichtbaren Bevölkerungsvorgänge zu hinterfragen, um die Ursachen und Mechanismen von Bevölkerungsvorgängen besser erkennen und damit zu einer Lösung der heutigen Weltbevölkerungsprobleme beitragen zu können.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, muß die Demographie zu anderen Wissenschaften hin offen sein. Winklers Buch ist geradezu ein Paradebeispiel für den Versuch, eine Wissenschaft streng gegen andere Disziplinen abzugrenzen — m. E. ein Bemühen, das wenig fruchtbar ist. Vielleicht liegt darin auch der Grund, warum Winklers Arbeiten —

was er selbst beklagt — in der internationalen Diskussion zu wenig beachtet werden.

Alles in allem: Wer ein Nachschlagewerk über demographische Maße und Hinweise auf die neueste Literatur zu einzelnen bevölkerungsstatistischen Aspekten sucht, dem sei dieses Buch uneingeschränkt empfohlen. Wer dagegen neue Erkenntnisse über Bevölkerungsprobleme sucht, findet hier kaum Hinweise.

Karl Martin Bolte, München

Siegfried Geiger: Strukturen im menschlichen Erkennen und Wählen. Konstanz/Bodensee 1969. Delta Marketingforschung GmbH & Co. 224 S., 109 Tab.

Geiger leitet seine Arbeit mit einem Gedankenexperiment ein: Er setzt den Wähler als Würfelspieler ein. Dieser bestimmt würfelnd seine Parteiwahl. Der so simulierte Wahlakt räumt den Parteien nicht die gleichen Chancen ein, weil auf die Parteien rein zufällig unterschiedliche Stimmanteile entfallen. Die jeweiligen Stimmanteile im Wahlsystem von 2, 3, 4, 5, ..., 20 Parteien folgen in dem von Geiger entwickelten Modell einer theoretischen Zufallsverteilung. Vom Autor generierte Zufallsverteilungen, die die Anzahl der Parteien berücksichtigen, bilden in der Arbeit die Untersuchungshypothese für die Stimmenverteilung bei konkreten Wahlen.

Der Autor charakterisiert Wahlsysteme mit dem Entropiebegriff der Informationstheorie. Bei Gleichverteilung der Wählerstimmen hätte ein Sechs-Parteien-System 2,58 bit, ein Sieben-Parteien-System 2,80 bit und ein Acht-Parteien-System 3 bit. Die Entropie der realisierten Parteiensysteme bei einer Wahl ist deshalb geringer als die theoretisch mögliche. Die Maßeinheit bit zur Charakterisierung realer Wahlsysteme liefert dem Autor zugleich einen Hinweis auf die Art der Stimmenverteilung (S. 29), „weil dadurch Anomalien in der Geschichte einzelner Wahlsysteme geortet und analysiert werden können“. Gemäß dem Modell liegen Anomalien dann vor, wenn die Stimmenaufteilung auf einzelne Parteien von der Zufallsverteilung abweicht.

Zur Prüfung seiner Hypothese hat der Autor 350 Wahlergebnisse ausgewertet. Interessant sind die Ergebnisse bei binären Entscheidungen (Volksabstimmungen). Nach der Zufallsverteilung müßten 75 % der gültigen Stimmen auf die siegreiche Alternative (Ja oder Nein) entfallen und 25 % auf die verlierende Alternative (Nein oder Ja). Tatsächlich liegt bei 132 Volksabstimmungen der Stimmenanteil der siegreichen Alternative nur bei 62 %. Das Modell der Zufallsverteilung wäre damit widerlegt. Geiger erklärt dies damit, daß im Ausgang vorhersehbare Volksabstimmungen, die 75 % oder mehr erbrächten, gar nicht zur Abstimmung gestellt werden. Wie decken sich nun Modell und Wahlen mit mehreren Parteien? Bei reiner Zufallsverteilung müßten beispielsweise in einem Sechs-Parteien-System bei einer öffentlichen demokratischen Wahl der Stimmenanteil der größten Partei

40,3 %, der zweitgrößten Partei 24,6 %, der drittgrößten Partei 16,6 %, der viertgrößten 10,1 % und der fünftgrößten Partei 5,6 % und der kleinsten Partei 2,9 % betragen. Tritt dieses Ergebnis nicht ein oder weicht es im Durchschnitt mehrerer Wahlen entscheidend ab, so muß das Modell verworfen werden. Geiger begründet die Ursachen der hier beispielhaften gegebenen Stimmenverteilung für sechs Parteien an der informationstheoretisch orientierten Lernpsychologie. Versuchspersonen können im Durchschnitt in verschiedenen Wahrnehmungsfeldern infolge der Enge des Bewußtseins höchstens 6 bis 8 selbständige Kategorien oder unabhängige Denkinhalte erfassen. Schon diese verlangen eine optimale oder sparsame Codierung, wie sie an der linearen Anordnung unterschiedlicher Häufigkeiten am Huffmannbaum gegeben sind. Um ungliederte Datenmassen sinnvoll für Erkenntnisprozesse zu strukturieren, muß der Anteil des häufigsten Zeichens um 38 % liegen. Geiger sieht eine optimale Codierung wegen der Begrenzung der Kategorienbildung im Acht-Parteien-System am ehesten verwirklicht.

Verifizierung oder Falsifizierung der erwähnten Hypothesen ist wegen der beschränkten Wahlveranstaltungen für 3, 4, 5, . . . , 20 Parteiensysteme nicht einfach. Das heißt, selbst wenn die Prüfhypothesen keine Bestätigung durch eine zu geringe Materialbasis fänden, kann über die Relevanz des Modells noch keine endgültige Aussage getroffen werden. Immerhin konnte Geiger 231 Wahlen in sehr verschiedenen Ländern und zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfassen. Für die Prüfung der Stimmanteile der größten, zweitgrößten und auch der drittgrößten Partei konnten alle 231 Wahlen, für die viertgrößte Partei 224 Wahlen, aber für die Bestimmung der sechstgrößten Partei nur noch 144 Wahlen einbezogen werden.

Die generierten zufallsbedingten Stimmenanteile für die größte Partei werden im großen und ganzen weder in 1,3 bit Wahlsystemen (Mehrheitswahlrecht), noch in 2,3 bit Systemen (Verhältniswahlrecht) bestätigt. Die modellmäßige Zufallsverteilung tritt annähernd bei den Stimmenanteilen für die zweitgrößte Partei bei sechs und sieben Parteien ein. Obwohl der Autor eine Menge von Wahldaten — ohne Berücksichtigung von Zeit und Raum — analysiert hat, bleibt der Mangel vergleichbarer Wahldaten bestehen. Das wird deutlich, wenn man an die Fülle von Daten (Durchschnitte aus Jahres-, Quartals-, Monats-, Wochen- und Tagesangaben) in ökonomischen Nachfragestudien denkt. Die Bildung von Modellen zur Durchdringung und theoretischen Erklärung des tatsächlichen Wahlverhaltens kann wegen des Mangels an Daten deshalb viel weniger empirisch überprüft werden. Es finden im Vergleich zum Kauf einfach zu wenig politische Wahlen statt.

Als Auswahl kann man aber auch die Informationsaufnahme zwischen den Wahlperioden ansehen und wie der Autor vermutet, wird der Bedeutung einer Partei in der Berichterstattung von Presse, Fernsehen und Funk schon proportional Rechnung getragen. Die größeren Parteien werden häufiger als die kleineren Parteien erwähnt. Die

tägliche Berichterstattung greift deshalb dem Wahlakt ständig vor. Die Parteien haben am Wahltag nicht mehr die gleiche Chance.

Die Arbeit mußte vermutlich unter großem Zeitdruck beendet werden. Einige Formelausdrücke enthalten bedauerlicherweise charakteristische „Tippfehler“ (z. B. S. 20 — fehlende Summierungsgrenze), kleine Rechenfehler beeinträchtigen den Vergleich in Tabelle 33, oder der für die Informationsästhetik so anregende amerikanische Mathematiker auf S. 133 heißt *Birkhoff* (und nicht *Bischoff*). Die Loseblatt-Heftung dürfte eine intensive Nutzung beeinträchtigen, zumal das im Text nur partiell mit Nummern bedachte Literaturverzeichnis ein fortwährendes Seitenumschlagen nach Autor und Quelle im Anhang verlangt. Bei den interessanten Hypothesen und den viele Aspekte berücksichtigenden Darlegungen mögen diese Einwände jedoch gering wiegen.

Mehr Verständnis für nicht in der Informationstheorie bewanderte Leser könnte der Studie sicherlich beschieden sein, wenn zentrale Formeln oder Funktionen ausführlicher erläutert wären. Das gilt insbesondere für die informationstheoretischen Maße der Entropie (S. 27), den Kurvenverlauf der Funktion $Y(p) = -p \cdot \ln p$ (S. 28) und die berechnete Transinformation (S. 60-64, 202).

Es bleibt abschließend sehr zu wünschen, daß der Autor sein Modell und die gefundenen Ergebnisse einer größeren Öffentlichkeit auch in den entsprechenden Fachzeitschriften der Politologie, Soziologie und Psychologie zur Kenntnis bringt.

Adolf Weber, Kiel

Ernst Rolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1969. W. Kohlhammer. XLVII, 1256 S.

Band III der Huberschen Verfassungsgeschichte, der das institutionelle und normative Verfassungsgefüge des Bismarckreiches zum Gegenstand hat, wurde in Schmollers Jahrbuch Bd. 86, S. 81 angezeigt. Nunmehr liegt Bd. IV des bedeutsamen Kompendiums vor, der das effektive Verfassungsgeschehen im Reich von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges behandelt. Bd. V und der Registerband stehen noch aus.

Für den Wirtschaftswissenschaftler ist der neueste Band von besonderem Interesse, da Huber nicht allein die Entwicklung des politischen Staatsrechts jener Epoche meisterhaft darstellt, sondern etwa ein Viertel des Bandes den kulturellen und ein Viertel den wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen und Entwicklungen widmet. Die systematische Zuordnung dieser Daseinsbereiche, die das Verfassungsdokument von 1871 allenfalls in Ansätzen regelte, zur Verfassung erklärt sich aus Hubers realem Verfassungsbegriff, der das Ganze der politischen Grundordnung eines staatlich organisierten Volkes umfaßt. Man mag über die Sinnhaftigkeit eines solchen weiten Verfassungsbegriffs und seine Aufgliederung in Staats-, Rechts-, Wehr-, Kolonial-, Kultur-,

Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialverfassung streiten. Für die nach dem Grundgesetz spezifische verfassungsrechtliche Fragestellung nach den normativ besonders abgesicherten Ordnungszusammenhängen und Wertentscheidungen wäre eine solche Terminologie zumindest verwirrend. In einer geschichtlichen Darstellung, die sich der Verfassungswirklichkeit zuwendet, kann anderes gelten, weil es darauf ankommt, die für einen Zeitabschnitt wesentlichen und sie prägenden politischen Fundamentalsysteme herauszuarbeiten. Jedenfalls ist Huber eine Darstellung des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozesses von 1871 bis 1914 zu danken, der in Sachkunde, Präzision und Anschaulichkeit Vergleichbares nicht zur Seite steht. Umfangreiche Literatur- und Quellenangaben erleichtern, die Probleme, die Huber auf ihren wesentlichen Kern zurückführt, weiterzuverfolgen.

Huber zeigt die faktischen, politischen und rechtlichen Aspekte der Krisen und Reformen eines Staatswesens auf, das sich vom Agrar- zum Industriestaat entfaltet, das vom Prinzip der Wirtschaftsfreiheit ausgehend ein pragmatisches System der Staatsintervention und des Staatssozialismus entwickelt und gegen mannigfache Widerstände — nicht zuletzt des revolutionären Sozialismus — den Weg in den Sozialstaat beschreitet.

Bei der Auswahl der Gegenstände und ihrer Bewertung hält sich Huber von tradierten Darstellungsklischees frei; daher wird manches kaum noch Bekannte in Erinnerung gerufen, manches tradierte Werturteil zurechtgerückt — als Beispiele seien erwähnt die Rolle der Parteien als Verfassungsfaktoren auch schon des konstitutionellen Staates, die Organisation der Wirtschaftsverbände, Bismarcks — gescheiterter — Kampf um einen Volkswirtschaftsrat, das angebliche persönliche Regime Kaiser Wilhelms II.

Zentrale Gegenwartsfragen der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik haben ihre historischen Grundlagen in der Zeit des Konstitutionalismus. Die Entwicklungslinien, die von den Krisen und Reformen jener Epoche und ihren Institutionen bis in die Gegenwart hineinreichen, aufzuzeigen und in übergeordnete Zusammenhänge der Selbstverwirklichung der Nation einzuordnen, ist Huber als Verfasser des zweibändigen Standardwerkes *Wirtschaftsverwaltungsrecht* (1953/54) in besonderer Weise legitimiert.

Hans-Ulrich Evers, Braunschweig

Leopold Rosenmayr und *Sigurd Höllinger* (Hrsg.): *Soziologie. Forschung in Österreich. Methoden — Theoretische Konzepte — Praktische Verwertung*. Wien-Köln-Graz 1969. Hermann Böhlau Nachf. 128 S.

Dieser Bericht über soziologische Forschung in Österreich ist zunächst einmal eine Dokumentation der Wiener Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle des Soziologischen Institutes an der dortigen Universität. Seit der im Jahre 1966 erfolgten Gründung der Linzer Hochschule, die gleich mit drei soziologischen Lehrstühlen ausgestattet wurde, kann man nun auch im Hinblick auf die soziologischen Lehr-

stühle in Salzburg, Innsbruck, Graz und an der Hochschule für Welt-handel in Wien von einer auf der Hochschulebene etablierten Soziologie in Österreich sprechen.

Von hier aus wird verständlich, daß die Herausgeber des vorliegenden Bandes deutlich machen möchten, was bisher hierzulande in Soziologie geleistet wurde. Die Beiträge geben von der Vielfalt bisheriger soziologischer Studien und Forschungen ein lebhaftes Zeugnis. Mancher wird überrascht sein, auf welch hohem Niveau sich die einzelnen Abhandlungen durchschnittlich halten.

Soziologie wird hier durchweg als empirisch-theoretisch orientierte Disziplin verstanden, was insbesondere das Verdienst *Rosenmayrs* deutlich macht, an seinem Wiener Institut die Wende von einer mehr sozialphilosophisch und spekulativ ausgerichteten Soziologie, etwa im Sinne seines Lehrers *Knoll*, zu einer stärker mit empirischer Forschung arbeitenden Soziologie vollzogen zu haben. Daß hier bereits an Vorgänger angeknüpft werden konnte, braucht im Hinblick etwa auf die berühmte *Marienthaler* Untersuchung nicht besonders betont zu werden. Jedenfalls wird durch die vorgelegten Studien einmal mehr bewiesen, daß von einer Soziologie in Österreich nicht erst seit heute gesprochen werden kann.

Man kann natürlich bedauern, warum andere Soziologen, etwa *Bodzenta*, der ebenfalls aus Wien kommt und jetzt in Linz lehrt, in dem Band nicht aufscheinen. Sicherlich will, so gesehen, dieser Band keine Repräsentativität österreichischer Soziologie beanspruchen, sonst hätte man auch noch andere Namen finden müssen. Aber für ein Alibi, wie man in Wien Soziologie versteht und handhabt, ist allerdings die vorgelegte Veröffentlichung mehr als ausreichend.

Jakobus Wössner, Linz/Donau

Alfred Mühr: Die frechen Söhne. Sturm und Drang seit 2 000 Jahren. Frankfurt a. M. 1969. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion. 428 S.

Die ältere Generation, die sich mit den jugendlichen Rebellen konfrontiert sieht, könnte sich nach einer oberflächlichen Lektüre dieses Buches mit der Erkenntnis trösten, es sei alles schon dagewesen. Auch die heutige Jugend werde sich, wie immer schon, die Hörner abstoßen, um dann später im Beruf und in Amt und Würden wieder jugendlichen Rebellen Rede und Antwort stehen zu müssen. Der zweite Teil des Buches, überschrieben „Sturm und Drang zu allen Zeiten“, könnte dieser Auffassung recht geben. Der Verfasser schildert die Verhältnisse in der Demokratie Athens vor 2 400 Jahren, als *Sokrates* seine jugendlichen Gefährten die feine Kunst der Logik und des kritischen Urteils lehrte und darob von der etablierten Gesellschaft zum Tode verurteilt wurde. Wie war es denn vor 1 600 Jahren, als sich in Ägypten junge Christen in einer Massenbewegung zur inneren Einkehr in die Wüste begaben? Und was geschah vor 700, 500, 200 Jahren, also im frühen Mittelalter, im Zeitalter reisiger Jungmannen und Scholaren, im Kampf

gegen die kirchliche Bevormundung und in der Sturm- und Drangzeit, in der die wilden jungen Genies um 1770 gegen angemäÙte Autoritäten rebellierten? Der Verfasser weist auf den großen Aufstand der Heimkehrerjugend 1813 hin, auf die Jugendbewegung der letzten Jahrhundertwende, auf die unruhigen und fruchtbaren zwanziger Jahre, auf die Hitler-Jugend bzw. den Widerstand gegen Hitler und schließlich den Aufbruch der Söhne und Töchter zur „Aktion Sühnezeichen“.

Alfred Mühr schiebt diesen Abschnitt — gleichsam zur Erläuterung des immer wiederkehrenden Jugendproblems — in die Mitte seiner Darstellung. Voraus geht der „Einzug der Jugend in die Weltgeschichte“, während „die Jugend“ als „Der neue dritte Stand“ folgt und den Abschluß bildet. Da sieht man dann: Es ist heute doch anders, als es schon immer gewesen ist. Die Jugendfrage hat sich in der modernen Industriegesellschaft zu einem Weltproblem ausgeweitet. Nicht nur dies! Sie ist auch aufs engste verbunden mit der Problematik dieser Wirtschaftsepoche.

Die soziologischen Wechselbeziehungen sind von dem Verfasser nicht deutlich genug gekennzeichnet worden. Wieso konnte oder mußte gerade in einer dynamischen technisch-ökonomischen Gesellschaft, die doch in jeder Weise dem Fortschritt huldigt, eine Rebellion der fortschrittlichen Jugend ausbrechen? Sucht diese jenseits aller technisch-ökonomischen Zweckmäßigkeiten einen innerlich befriedigenden Sinn? Ist es am Ende der Aufstand der Vernunft gegen die übermächtige ratio, selbst wenn man sich sehr irrationaler Mittel bedient? Alfred Mühr stellt am Schluß seines Werkes diese Sinnfrage und weist auf die persönlichen Voraussetzungen einer gemeinschaftlichen sinnvollen Lebensgestaltung hin. Die intelligente Jugend schafft sich ihren eigenen Raum. „Doch der entfesselte Individualismus schafft noch keine Persönlichkeit.“ Die Persönlichkeit „hat zugleich ein Gewissen für die Allgemeinheit und handelt für die anderen mit. Der Individualist dagegen besitzt kein Gewissen für sich selbst, aus der heraus er seine freie Entscheidung trifft“ (S. 411).

Alfred Mühr hat *das* Buch der „Generationsgesellschaft“ geschrieben, genauer der modernen „Gegengesellschaft“. Seine Darstellung ist präzise und anschaulich. Er versteht es meisterhaft, auch philosophische Thesen, wie die von J. P. Sartre, von der gesellschaftlichen Situation aus einsichtig und verständlich zu machen (vgl. S. 62 - 71).

Herbert Schack, Berlin

Hans Kairat: „Professions“ oder „Freie Berufe“? Professionales Handeln im sozialen Kontext. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 160 S.

Daß trotz der umfangreichen Literatur zum Thema der professions oder freien Berufe bislang kaum ein theoretischer Ansatz zur umfassenden soziologischen Analyse dieses Berufskreises entwickelt wurde, muß wohl — wie der Autor auf S. 9 ausführt — damit erklärt werden, „daß der zugrundegelegte Begriff von profession bzw. freiem Beruf in Anlehnung an das Selbstbild solcher Berufsgruppen in der Weise

konzipiert worden ist, daß ein für einen vergangenen historischen Zustand als zutreffend erachteter Begriff zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation verwendet wird“.

Um für die Interpretation heutigen professionalen Handelns ein theoretisches Konzept zu finden, sucht Kairat zunächst aus einer kritischen Auseinandersetzung mit bestehenden theoretischen Grundannahmen die Ausgangsvariablen für die dann folgende soziologische Gesamtwürdigung zu gewinnen. Hierbei forscht er sowohl der internen Strukturierung des professionalen Handlungsspielraumes wie auch den externen Beziehungen des selbständigen und des angestellten professional nach. Diesen vorwiegend strukturellen Erörterungen, die einen Großteil des neueren einschlägigen Schrifttums Revue passieren lassen und mit plausiblen eigenen terminologisch-systematischen Gedankengängen aufwarten, schließt sich eine dynamisch orientierte Untersuchung des Professionalisierungsprozesses an, die als zentrales Problem die Synchronisation von leistungsmäßigem und sozialem Anspruchsniveau zum Gegenstand hat und die professionalen Wandlungen als „gleichgewichtige Polarisierung von Forschung und Praxis“ (S. 136 ff.) darstellt. Der Verfasser gelangt dabei zu interessanten Durchblicken auf die allgemeinen gesellschaftlichen Hintergründe des Professionalisierungsgeschehens. „Vom Bezugspunkt der Professionalisierung her betrachtet, ist die Autonomie der wissenschaftlichen Forschung eine Hemmung. Autonomie der Forschung wird es in der Wirklichkeit ohnehin selten geben, denn wer wem Problemstellungen vorgeben kann, ist eine Machtfrage. Professionalisierung ist deshalb immer auch ein politischer Prozeß, und Herrschaft und Macht können nicht als ‚Störfaktoren‘ des Professionalisierungsprozesses gesehen werden, sondern sind notwendige Bedingungen für diesen sozialen Prozeß“ (S. 147).

Antonio Montaner, Mainz

Klaus Heinemann: Grundzüge einer Soziologie des Geldes. Stuttgart 1969. Ferdinand Enke. XIV, 160 S.

Mit seiner 1966 erschienenen gehaltvollen Monographie über „Externe Effekte der Produktion und ihre Bedeutung für die Wirtschaftspolitik“ (vgl. Schm. Jb., Bd. 89/1969, S. 477 f.) hat sich Heinemann in der nationalökonomischen Literatur bereits bekannt gemacht. Das hier anzuzeigende Buch, seine Karlsruher Habilitationsschrift, weist ihn zugleich als versierten Soziologen aus. Es führt im Überschneidungsbereich von Wirtschaftswissenschaft und Soziologie in eines jener Grenzgebiete zwischen den herkömmlichen „Fächern“, wo — um mit Carl *Brinkmann* zu sprechen — die Möglichkeit neuer Forschungswege und auch schon neuer Forschungsergebnisse durch Verknüpfung bisher getrennter Fragestellungen aufleuchtet. Wie Heinemann auf S. VI f. zu Recht betont, bietet gerade die Soziologie des Geldes nicht nur ein Feld der „Anwendung“ allgemeiner soziologischer Theorie, sondern sie kann umgekehrt auch einen Beitrag zur Fortbildung dieser soziologischen Theorie leisten.

Nach einer Einführung in den gesellschaftlichen Charakter sowie in die ökonomische und soziologische Theorie des Geldes nimmt der Verfasser eine klar konzipierte theoretische Grundlegung der Geldsoziologie vor, die bei den Problemen einer Funktions- und Systemanalyse ansetzt und alsdann die kommunikationstheoretischen Bedingungen prüft, die erfüllt sein müssen, damit das Geld seine Steuerungsfunktion wirksam ausüben kann. Anschließend erörtert Heinemann eingehend die Funktionselemente des Geldes, wobei das Geld als „Sublimat sozialer Geltung“ und als „Instrument kommunikativer Steuerung“ interpretiert und untersucht wird. Zwei dogmengeschichtlich aufschlußreiche Exkurse sind der Geldlehre von *Marx* und von *Knapp* gewidmet. In den folgenden Kapiteln arbeitet der Autor die entscheidenden Systemfunktionen des Geldes heraus und forscht den Wirkungen von Instabilitäten des Geldes nach mit manchen tiefergehenden Einblicken in die Rolle der Geldillusion als „bewußtseinsmäßiges Korrektiv von Geldentwertungen“ (S. 128 ff.) und in die Einflüsse von Inflationsprozessen auf die sozialökonomische Struktur und soziale Verhaltensformen. Den Beschluß macht eine zusammenfassende Betrachtung über Geld und Gesellschaftsform.

Alles in allem vermittelt das Buch dem wirtschaftssoziologisch interessierten Leser vielfältige Anregungen. Antonio Montaner, Mainz

Franz F. Wurm: Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland 1848 bis 1948. Opladen 1969. C. W. Leske. 317 S.

Der Leske Verlag hat sich bereits durch zahlreiche Publikationen im Bereich der Sozial- und Gemeinschaftskunde einen guten Namen erworben. Mit der Arbeit von Franz Wurm legt er nun eine längst fällige Darstellung der jüngeren Wirtschafts- und Sozialgeschichte vor. Der Autor hat sich der schwierigen Aufgabe angenommen, die letzten 100 Jahre deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte übersichtlich zu machen. Weitgehend kann er dabei auf Lehrbücher und Veröffentlichungen unterschiedlicher Zielsetzung zurückgreifen, um sein Anliegen deutlich werden zu lassen: Eine erste Phase umfaßt die Jahre 1848 bis 1871. Die aus der politischen Geschichte entlehnte Begrenzung umschließt, weiter rückgreifend, die Zeit des industriellen Aufschwungs in Deutschland, den „take-off“ der deutschen Wirtschaft. Neben den industriellen Anfängen schenkt Wurm vor allem dem gesellschaftlichen Wandel (Auflösung der Feudalgesellschaft, Hervortreten des Vierten Standes usw.) und den sozialistischen Ideen sowie ihren Vorkämpfern weiten Raum. Eine zweite Phase der industriellen Expansion 1871 bis 1914 schließt sich an: Die Entwicklung der deutschen Industrie zur Weltgeltung, der Beginn von Konzentration und Kartellisierung und schließlich wieder im Bereich der Sozialgeschichte die Entwicklung von Gewerkschaften und Sozialpolitik („Die industrielle Gesellschaft formiert sich“) sind hier die zentralen Themen. Hoch anzurechnen ist das Kapitel über die Entwicklung der Produktivitätsidee — fortgeführt im

dritten Teil mit Henry Ford und der Rationalisierungsbewegung —, eine Darstellung, die in dieser Form in vergleichbaren Arbeiten bisher nicht enthalten war. Etwas zu kurz kommt die doch noch sehr entscheidende Rolle der Agrarwirtschaft, auch die „grüne Front“ formiert sich ja in den 1870er Jahren mit Erfolg. Die dritte Phase seiner Betrachtung 1918 - 1948 nennt Wurm das Zeitalter der Katastrophen, die von der Inflation über die Weltwirtschaftskrise bis zur totalen Niederlage des Jahres 1945 und der Teilung Deutschlands aufeinander folgen.

Der Verfasser stützt sich, wie dies bei seinem Vorhaben kaum anders möglich, immer wieder auf *Lütge, Stolper* und andere Lehrbücher, ebenso auf zahlreiche Einzeldarstellungen. Dem Rezensenten fällt auf, daß gerade für die dritte Phase *Fischers* „Deutsche Wirtschaftspolitik 1918 - 1948“ nicht erwähnt wird. Stark im Vordergrund steht immer wieder die Sozialgeschichte, wie überhaupt der Verfasser sich bemüht, den wirtschaftlichen Ablauf in einen größeren politisch-gesellschaftlichen Zusammenhang hineinzustellen. Verbindungen zwischen wirtschaftlich-sozialem Geschehen und politischen Entscheidungen und Meinungen werden in ganz anderem Maße hergestellt, als dies sonst in wirtschaftshistorischen Darstellungen der Fall ist. Auch die auffallend zahlreichen biographischen Angaben über große Unternehmer, Sozialpolitiker und andere wirtschaftlich bedeutsame Persönlichkeiten, ihre Zeitgebundenheit oder ihr kühnes Hinausgreifen, das zum Motor weiterer Entwicklung wird, machen die vielfältigen Umstände und Einflüsse deutlich, die letztlich die Wirtschafts- und Sozialgeschichte bestimmen. Die Arbeit Wurms zeigt, warum Wirtschafts- und Sozialhistoriker heute eine so starke Betonung auf die Zeit der technisch-industriellen Entwicklung legen: Jede Sozial- und Gegenwartskunde kann nur aus diesen Wurzeln heraus verstanden werden, zuviel wirkt hier unmittelbar in die Gegenwart hinein. Schon aus diesem Grunde sollte dieses Buch eine breite Öffentlichkeit interessieren. Einige kritische Anmerkungen sollen nicht verschwiegen werden. Bei Personennamen hat sich der Autor die Mühe gemacht, Geburts- und Sterbejahr anzugeben, allerdings bleibt unklar, warum dies dann nicht konsequent durchgeführt wird. So sind z. B. bei *R. Owen* und *K. Marx* die Daten angegeben, bei *Saint-Simon* und *List* nicht, bei *K. Schumacher* nur das Todesjahr. Auch das Namensverzeichnis mit Seitenverweisungen bedürfte noch einer Überprüfung: *H. Grebing* wird dort mit S. 196 angegeben, obwohl auf sie an zahlreichen weiteren Stellen Bezug genommen wird. Auf Quellenangaben im Text wurde verzichtet, die erwähnten Namen stimmen jedoch mit dem Literaturverzeichnis nicht immer überein (*Heerdt-Neumann* bzw. *Heerdt-Heumann*) oder fehlen dort (*Kleinknecht-Krieger*). Bei mehreren Titeln eines Autors bleibt es der Findigkeit des Lesers überlassen, die Quelle aufzuspüren. Soll das Buch den Leser anregen, in Einzelfragen sich weiter zu informieren, müßten diese leicht behebbaren Mängel abgestellt werden.

Harald Winkel, Aachen

Rudolf Luther: Gab es eine Zunftdemokratie? Berlin 1969. Duncker & Humblot. 128 S.

Luther meint, es sei noch heute nötig, „die zum Teil romantisch verklärten Vorstellungen von den mittelalterlichen ‚Zunftdemokratien‘, die sich ... vor allem bei den Verfechtern des Ständestaates finden, auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen“, d. h. also Ansichten zu widerlegen, die u. a. A. Müller 1809/10, O. Spann 1923 und W. A. Jöhr 1937 vortrugen. Da „die Existenzfähigkeit und geschichtliche Bewährung der Zunftverfassung als staatliches, nicht als wirtschaftliches Ordnungsprinzip“ (sic!) untersucht werden, berührt sich die vorliegende Arbeit mit dem auf gründlichster Beherrschung der Quellen und Literatur beruhenden Aufsatz von E. Maschke in der VSWG 1959. Gegen diese Abhandlung versucht Luther, sein eigenes Arbeitsziel abzugrenzen. Das kann allerdings nicht leicht gelingen, zumal Maschke sowohl die Ausgangsfrage, was denn unter einer Zunftdemokratie zu verstehen sei, klärt als u. a. auch nachweist, daß die Zunftverfassung nicht mit der Herrschaft von Handwerkern gleichgesetzt werden darf; außerdem zeigt er, daß eine bürgerliche Oberschicht zwischen Handwerkern und Patriziern entstand und daß „die Bedeutung des Patriziats noch lange, und gerade in den leitenden Stellungen, größer blieb, als den Zahlenverhältnissen der Zunftdemokratie entsprach.“ Ferner untersucht Maschke, „welchen Raum die Verfassung den Geschlechtern einerseits, den Zünften andererseits zur Erhaltung ihres Einflusses ließ und wie die sozialen Kräfte überhaupt in der beschworenen Verfassung spielten.“ Auch wird deutlich gemacht die unterschiedliche Einwirkung der Mitglieder der Handwerker- und Händlierzünfte, der Kaufleute sowie Rentner auf die Lösung öffentlicher bzw. staatlicher Aufgaben u. a. in der Finanzverwaltung, in der Rechtsprechung, in der Außenpolitik und im diplomatischen Dienst.

Wenn nun Luther diesen — und anderen — Fragen nachgeht, kommt er zu ähnlichen Resultaten wie Maschke. Manches hat er allerdings etwas stark vereinfacht, so die einleitenden Kapitel „Entstehung und Entwicklung der autonomen Stadtverwaltung“ und „Die Zünfte unter der Patrizierherrschaft“. Oder: Augsburg wird von 1368 ab zu den Städten mit einer Alleinherrschaft der Zünfte gezählt, obwohl die 29 Zunftgenossen doch immerhin 15 aus den Geschlechtern in den Kleinen Rat wählen, und in Ulm von einer Zunft herrschaft von 1345 bis 1548 zu sprechen, wertet zu schwach die Erweiterung des Rates um 1370 und den Schwörbrief von 1397. Selbstverständlich wäre es Luther möglich gewesen, seine Aussagen zu vertiefen — ohne sie verändern zu müssen —, wenn er noch andere als die berücksichtigten Städte, Quellen und Veröffentlichungen herangezogen hätte. So orientiert z. B. über Magdeburg E. F. Müller 1925, über die Zünfte in Regensburg H. Heimpel 1926 und über die Sozialstruktur dieser Stadt K. Bosl 1966. Wichtig ist auch H. H. Ebel mit seiner Arbeit „Das Ratkollegium in den deutschen Städten bis zur Zeit der Zunftkämpfe“. Insgesamt darf festgestellt werden, daß von Luther die Diskussion

über die zwar schlichte Frage „Gab es eine Zunftdemokratie?“, die aber doch außerordentlich komplexe Probleme einschließt, gefördert wird, daß sie jedoch noch nicht zu Ende gebracht worden ist.

Eberhard Schmieder, Berlin

Friedrich-Wilhelm Henning: Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert. Stuttgart 1969. Gustav Fischer. VII, 183 S.

Die vorliegende Arbeit untersucht die Beeinträchtigung der bäuerlichen Einkünfte durch Abgaben und Dienste im 18. Jahrhundert. Leider kommt weder im Titel noch im Text genügend klar zum Ausdruck, wie weit das Untersuchungsgebiet nach Westen, Norden oder Osten reicht (die Skizzen auf den Seiten 110 und 111 z. B. schließen Nordostfrankreich, die Benelux-Länder, Jütland, Ostmitteleuropa, Ungarn und das Baltikum ein!). Mit Recht betont der Verfasser, daß bisher die Abgaben und Dienste fast nur unter rechts- und verfassungsgeschichtlichen Gesichtspunkten gesehen und die eigentlich wirtschaftsgeschichtlichen Probleme vernachlässigt worden sind. Henning versucht also in seinem klar gegliederten Buch erstmals, konsequent die Bedeutung der Abgaben und Dienste für die einzelnen Bauernfamilien herauszuarbeiten, wobei er nacheinander die „regionalen Unterschiede der bäuerlichen Lasten“, das „Gesamtbild der Dienste und Abgaben“ und schließlich den „Einfluß der Leistungspflichten auf das bäuerliche Einkommen“ darstellt. Die abschließende Zusammenfassung mit dem Titel „Die Grundzüge der bäuerlichen Einkommen und ihre Abhängigkeit von der Belastung mit Diensten und Abgaben“ ist allzu knapp und wird auch sonst dem reichen Inhalt der Arbeit nicht gerecht.

Bei einer Untersuchung wie der vorliegenden, die für ein derart weites Gebiet zu allgemein gültigen Ergebnissen gelangen will, stellt sich sofort die Frage nach den Quellen. Henning hat hier den (wohl einzig möglichen) Weg eingeschlagen, indem er für verschiedenartige kleinere Gebiete genaue Quellenstudien durchführte und sich für den übrigen Raum auf Sekundärliteratur stützte. Die Auswahl der beiden Untersuchungsgebiete, Ostpreußen und das Fürstentum Paderborn, wird zwar sachlich begründet und leuchtet auch ein, sie erfolgte aber doch primär wegen der in früheren Arbeiten erworbenen einschlägigen Spezialkenntnisse. Obwohl die Teile über Ostpreußen und das Fürstentum Paderborn relativ umfangreich sind und Quellenbelege angegeben sind, muß zum tieferen Eindringen in die Problematik auf die beiden gesondert erschienenen mehr landesgeschichtlich orientierten Arbeiten des Verfassers zurückgegriffen werden (Bauernwirtschaft und Bauern-einkommen in Ostpreußen im 18. Jahrhundert, Würzburg 1969; Bauernwirtschaft und Bauern-einkommen im Fürstentum Paderborn im 18. Jahrhundert, Berlin 1969). So genau die Angaben über die mehrere Tausend zählenden Bauernhöfe in den beiden genannten Räumen sind, so ungleich und oft unbefriedigend sind sie für das übrige Mitteleuropa. Das mit anerkennenswerter Mühe zusammengetragene Material (auch polnische, niederländische und französische Literatur wurde ver-

wendet!) war deshalb nur mit gewisser Vorsicht auszuwerten. Sehr schwerwiegend ist neben der Tatsache, daß ein erheblicher Prozentsatz der Literatur vor dem Ersten Weltkrieg entstanden ist, die ungleiche Streuung des herangezogenen Vergleichsmaterials, wodurch z. B. Süddeutschland ohne Zweifel nur unzureichend berücksichtigt wird. Dies alles muß beachtet werden, wenn man das vorgelegte „zwar vereinfachte, aber übersichtliche Bild“ (S. 109) von den Diensten und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert richtig würdigen will.

Diese Schwächen der Untersuchung, die durchweg auch dem Verfasser bewußt sind, ließen sich bei der gegenwärtigen Forschungssituation wohl nicht vermeiden. Dementsprechend ist das Buch von Henning, das mit zahlreichen instruktiven Textskizzen, meist Kurven und Schaubildern, sowie Tabellen gut ausgestattet ist, als ein erster wichtiger Schritt in Neuland zu werten. Durch seine systematische Klarheit, seine Problembewußtheit und seine methodischen Überlegungen wird es die weitere Forschung sicherlich sehr anregen. Klaus Fehn, Saarbrücken

Martin Schumacher: Auslandsreisen deutscher Unternehmer 1750 - 1851 unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland und Westfalen. Köln 1968. Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv e. V. 391 S.

Die deutsche gewerbliche bzw. industrielle Entwicklung empfing seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entscheidende Impulse vom Auslande. So arbeiteten z. B. englische Techniker in deutschen Firmen, Apparate bzw. Maschinen wurden ins Reich gebracht oder hier nachgebaut, und von wesentlicher Bedeutung waren die vielfältigen Anregungen, die Deutsche im Auslande erhielten und dann in der Heimat industriell auswerteten. Diese Auslandsreisen deutscher Unternehmer — auf eigene Initiative hin durchgeführt oder angeregt und unterstützt von Regierungsstellen — nach Italien, Frankreich, Belgien, England und Amerika in dem Jahrhundert von den frühesten Anfängen der Industrialisierung bis zur ersten Londoner Weltausstellung untersucht nun Schumacher in seiner fleißigen Arbeit, die er auf zahlreiche Literatur, z. B. die einschlägigen wichtigen Veröffentlichungen von I. Mieck, F. Redlich und W. Treue, sowie vor allem auf Quellen wie Tagebücher, Briefe und Autobiographien gründet. Er spürt dem Anlaß zu den Reisen nach, unterscheidet Lehr- und Lernaufenthalte, Geschäfts-, Bildungs-, Studien- und Vergnügungsreisen sowie Deputationen und versucht auch, die „primären Herkunftstypen“, die W. Zorn 1957 aufgestellt hatte (also die feudalen Grundbesitzer, die bürgerlichen Gewerken usw.), zu seinen Reisen in Beziehung zu setzen und den mannigfachen Einfluß auf verschiedene Wirtschaftszweige herauszustellen, u. a. auf das Verkehrswesen, auf Gründung und Führung von Unternehmen, auf Werbung von Fachkräften und den Kauf bzw. Bau von Maschinen. Gerade diese „Rückwirkungen“ zu überschauen, erfordert ein tiefes und immer weiteres Eindringen in die Materie (etwa zu S. 267: Die Gutehoffnungshütte selbst gibt als „das erste deutsche Binnenschiff, das ganz aus Eisen bestand“, den 1838 vom Stapel gelaufene-

nen Dampfer „Graf von Paris“ an). In Sonderkapiteln behandelt Schumacher acht Unternehmer.

Das im Titel angegebene engere Untersuchungsgebiet wird vielfach überschritten. Dort, wo es verlassen wird, konnte und wollte der Verfasser nicht vollständig sein, so daß Lücken in Kauf genommen wurden und Ergänzungen notwendig sind, u. a. bei der Frage nach den landschaftlich bedingten unterschiedlichen Gründen für die Auslandsreisen oder zu der von H. Plessner übernommenen Meinung, „daß die industrielle Revolution die unpolitische Haltung in weiten Kreisen des deutschen Bürgertums begründete“ (S. 297). Das ausführliche Buch schließt mit dem interessanten „literarischen Anhang“ über den Versuch des Jahres 1829, eine Schiffsverbindung zwischen Köln und England zu schaffen.

Eberhard Schmieder, Berlin

Josef Wysocki: Zahlungsverkehr und Mittelstandsädie. — Zum Wirken von Johann Christian Eberle vor dem Ersten Weltkrieg. Berlin 1969. Duncker und Humblot. 120 S.

Zum 100. Geburtstag von Johann Christian Eberle am 3. Mai 1969 erscheint diese Arbeit von Wysocki, die weniger biographische Ambitionen hat als vielmehr die Bedeutung jenes sächsischen Bürgermeisters für die Einführung des Giroverkehrs der Sparkassen und die Motive seines Handelns beleuchten will. Eberle, dessen Leistung in der Verbindung des älteren Girogedankens, des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, mit den gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer dringlicher werdenden kreditwirtschaftlichen Forderungen des Mittelstandes bestand, erweist sich dabei nicht nur als „Erneuerer der Sparkassen“, als Pionier des Geld- und Kreditwesens, sondern gleichzeitig als Sozialpolitiker, der die Benachteiligung der mittelständischen Unternehmen — damals in erster Linie durch das Handwerk repräsentiert — als Folge des bestehenden Kredit- und Bankensystems und der machtvollen Möglichkeiten der Großindustrie beseitigen wollte.

Der Verfasser untersucht im Rahmen der wirtschaftlichen Gesamtsituation die Startbedingungen für die Schaffung des Giroverkehrs und den Ausbau des Personalkredits der Sparkassen, er macht die Wünsche des Mittelstands, als dessen Sprecher Eberle immer wieder Aktivität entfaltet, und die Lage der Banken und Sparkassen gegenüber dem wachsenden Kapitalbedarf der Wirtschaft deutlich. Schließlich ist es der wirtschaftliche Rückschlag des Jahres 1907, der den Anstoß zur Gründung des Giroverbandes Sächsischer Gemeinden gibt, der nun als Modell für die weitere Entwicklung des Gironetzes dient. Wysocki berichtet über die Schwierigkeiten und Widerstände, über die immer neue Einsatzfreudigkeit Eberles — gestützt auf Zitate aus Reden und Proklamationen — und macht so die Originalität Eberles deutlich, die eben darin zu sehen ist, daß er, den Erfordernissen der Zeit Rechnung tragend, den bekannten Girogedanken mit den ebenfalls nicht neuen mittelständischen Forderungen verbindend, die Sparkassen in den Markt des kurzfristigen Kredits einzuschalten mußte. Nicht zuletzt lie-

fert die Studie auch wieder ein kleines Beispiel für den langwierigen Weg der Erkenntnis der Giralgeldschöpfungsmöglichkeiten: Ohne daß man den Zusammenhang zwischen Giralgeldschöpfung und Kreditangebot erkannt hatte, führte doch gerade er dazu, daß sich die Erwartungen Eberles erfüllten. Eberle selbst glaubte nur an die Kreditmöglichkeit aus dem „Bodensatz an Stückgeld“, der sich bei den Sparkassen ansammeln würde. So kam letztlich der erfolgreiche Giroverkehr auf Grund falscher theoretischer Vorstellungen zustande.

Harald Winkel, Aachen

Wolfhard Weber: Erdölhandel und Erdölverarbeitung an der Unterweser 1860 - 1895. Bremen 1968. Carl Schünemann. 272 S.

Neben Baumwolle, Reis und Tabak, den Massen-Handelsartikeln Bremens während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, spielte auch Erdöl eine wichtige, allerdings kurzlebige Rolle. Wenn nun auch die Grundzüge dieses Petroleumhandels bereits bekannt waren und u. a. von L. *Beutin* (1940 ganz kurz, 1953 etwas ausführlicher) oder von E. *Hieke* dargestellt wurden, so ist hier doch eine ausführliche Monographie über diesen Handel auf Grund vor allem einer sehr breiten Auswertung des umfangreichen Materials verschiedener Archive vorgelegt worden, besonders des Staatsarchivs der Hansestadt. Allerdings kann das Thema dem Verfasser, der wie er im Vorwort schreibt, in erster Linie der „Frage der gegenseitigen Abhängigkeit von technischer Verbesserung und wirtschaftlicher Entwicklung“ nachgehen will, nicht allzu reiche Ausbeute bringen.

Der erste Teil der Arbeit beschäftigt sich mit dem „Erdölhandel an der Unterweser“, d. h. also u. a. mit der Einfuhr und Lagerung des Petroleums, mit der Entwicklung verschiedener Handelsbestimmungen, der Standardmuster und Lieferungsbestimmungen, mit den vor allem von Th. Barth geführten Kämpfen um den Petroleumzoll und den Petroleum-Faßzoll (den Transport mit Tanks richteten die Gebr. Nobel auf dem Kaspi-See schon 1879 ein, Bremen folgte 1885/86). Die Geschichte der Bremer Petroleumbörse (1882 - 1894) zeigt, daß das Ziel, diesen Handelszweig der Unterweser zu erhalten, nicht erreicht werden konnte. Der Erdölhandel mußte an die günstiger gelegenen Häfen Hamburg/Harburg abgegeben werden, und an der Firma N. A. Schütte & Sohn wird deutlich, daß es selbst einem so bedeutenden Kaufmann wie F. E. Schütte nicht gelang, sich gegen die von der Standard Oil Company abhängige Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft zu behaupten. Wesentlich sind hier auch die Nachweise darüber, wie Schütte seine im Erdölhandel erzielten Gewinne anlegte (u. a. in Reedereien, in Unternehmungen wie dem Bremer Vulkan, in Handelsgesellschaften und Immobiliengeschäften sowie in öffentlichen Bauten). Schließlich wird darauf hingewiesen, daß auch nicht-bremisches („ausländisches“) Kapital im Petroleumhandel der Hansestadt zu arbeiten versuchte.

Im zweiten Teile, „Verarbeitung amerikanischen Erdöls in Bremen“, ist die Geschichte der Chemischen Fabrik H. Waltjen & Co. und die der Korffschen Raffinerie dargestellt; diese Firma ging aus der kleinen Mineralölfabrik C. E. Meyer hervor, wuchs zur größten Raffinerie Bremens und wurde schließlich von der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft übernommen. Zwei Exkurse über eine Raffinerie in den USA und die in Hemelingen sind angeschlossen. Bilder, Pläne, statistische Übersichten im Text und die Quellen im Anhang (z. B. über die Petroleumbörse) sowie die Liste der „Petroleumimporte auf Segelschiffen, die auf der Weser beheimatet waren und hier mehr als zweimal löschten“, runden die fleißige, vor allem lokalgeschichtlich wertvolle Arbeit erfreulich ab. Sicherlich hätte über den Versand, wenn es die Quellen erlaubten und der Umfang des Buches nicht allzu sehr angeschwollen wäre, noch mehr, als es geschehen ist, ausgesagt werden können.

Eberhard Schmieder, Berlin

Ferdinand Wagner: Das Bild der frühen Ökonomik. Salzburg und München 1969. Stifterbibliothek. 222 S.

Die unterschiedlichen Meinungen und Urteilsbildungen innerhalb der dogmengeschichtlichen Literatur über die Frage des wissenschaftlichen, insbesondere des eigenwissenschaftlichen Charakters des früheuropäischen Wirtschaftsdenkens erwähnt sich der Verfasser zum konkreten Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Allen divergierenden Auffassungen sei als gedanklicher Bezugspunkt der methodologische und wissenssoziologische „Standort“ der jeweiligen Autoren gemeinsam, generell könne man von einer Vernachlässigung der zur Diskussion stehenden Epoche sprechen, da sie einmal fast ausschließlich nur unter dem Aspekt des „Vorläufers“ behandelt wurde und zum anderen die zweifelloserfolgte Verselbständigung der Nationalökonomie als Wissenschaft um den Preis einer vollständigen Eliminierung metaökonomischer Einflußgrößen erkaufte worden sei.

Hierin ist der „tiefere Anlaß“ des Verfassers zu sehen: Der gelungene Versuch, das Bild der frühen Ökonomik in eine neue Perspektive zu rücken, könnte dazu beitragen, dem Ziel einer „reinen geschichtlichen Theorie“ einen Schritt näher zu kommen und so dem von Wagner vermuteten Trend einer Mißachtung der Geschichte entgegenzuwirken.

In einer aner kennenswerten Untersuchung wird der zentrale Begriff der Ökonomik einer sorgfältigen Interpretation unterzogen, hierbei war eine mühevoll e Detailarbeit zu leisten, da der Bogen von der ‚apollinischen Welt des Maßes‘, wie sie sich in vollster Klarheit in den Epen Homers manifestiert, bis zu dem sozialphilosophischen Gehalt der platonischen Dialoge zu ziehen war. Als Ergebnis werden neun Thesen über die Kategorien der frühen Ökonomik aufgestellt, die in der gegebenen Form aufgrund der vorangegangenen Analyse als im wesentlichen gesichert angesehen werden können und auch

einem humanistisch nicht vorgebildeten Leser wertvolle Anregungen vermitteln.

Die gelegentlich angedeutete Frage nach der Zweckmäßigkeit einer (Wieder-)Aufnahme metaökonomischer Aspekte in die Problemstellung der Wirtschaftswissenschaften bleibt indes dem Leser zur Beantwortung überlassen, wenngleich auch manche Formulierungen ein Engagement des Verfassers erkennen lassen — z. B.: „der homo oeconomicus ist ihm gegenüber (dem Οικονομισμός) eine jämmerliche und lächerliche Gestalt“ (S. 169).

Ansonsten erleichtert der durchweg ansprechende Stil dem Leser die Aufgabe der gedanklichen Mitarbeit, besonders bei den ausgesprochen philologisch orientierten Passagen; insgesamt gesehen leistet die vorliegende Arbeit Wagners eine dankenswerte Ergänzung zur dogmengeschichtlichen Literatur.

Jürgen Distler, Mainz

Klaus Engelke: Einfluß realistischer Time Lags auf die Stabilität makro-ökonomischer Modelle. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 139 S.

Stabilitätsuntersuchungen des Zeitverhaltens dynamischer ökonomischer Modelle stellen in erster Linie auf die Strukturparameter des Modells ab. Die Studien, die *Samuelson* und *Hicks* mit dynamischen Multiplikator-Akzelerator-Modellen in dieser Hinsicht durchgeführt haben, wiesen höchstens relativ schmale Stabilitätsbereiche aus; ein Ergebnis, das den Wirtschaftspolitiker nicht gerade begeistern konnte.

Diese Modelle allerdings sind mit Hilfe von Differenzgleichungen formalisiert, und diese Formalisierung bestimmt die Art und Weise, in der das zeitliche Reaktionsverhalten der Wirtschaftssubjekte im Modell berücksichtigt wird: Die time lags sind gebunden an die jeweils gewählten Zeitperioden der Differenzgleichungen. Damit reduziert sich die Stabilitätsproblematik auf die Untersuchung der Parameter in Einzelgleichungen oder die Bestimmung der Eigenwerte von Parametermatrizen in größeren Modellen.

An dieser Stelle betritt der Autor Neuland. Seine Aufgabe ist zweifach. Einmal will er mit der Forderung Ernst machen, daß die time lags bei der Untersuchung des Zeitverhaltens dynamischer Modelle zu berücksichtigen seien. Zweitens will Engelke die Ausrichtung der time lags an der gewählten Periodisierung der Differenzgleichungen aufgeben und stattdessen „realistische“ Reaktionsverzögerungen einbauen. Realistisch sind solche Verzögerungen erfaßt, wenn man davon ausgeht, daß es sich bei time lags in makroökonomischen Modellen um die aggregierten Verzögerungen der Einzelentscheidungen handelt, und „dann gehören auch die makroökonomischen Reaktionen jenem Bereich der menschlichen Eigenschaften und der auf menschlichen Verhaltensweisen beruhenden Ereignisse an, die bei genügend hoher Anzahl in typischer Weise verteilt sind“ (S. 33). Die Gewichtung der Partialverteilungen bei der Aggregation approximiert der Autor mit Hilfe einer Normalverteilung.

Derartig „realistische“ time lags werden in vier relativ einfache dynamische Modelle eingeführt, an diesen Modellen werden Stabilitätsprüfungen durchgeführt. Der Bezug zu Stabilitätsuntersuchungen der Regeltechnik — etwa mit Hilfe des Hurwitz-Kriteriums — hat hier eher illustrativen Charakter. Die faktischen Ergebnisse werden simulativ mit einem Analogrechner abgeleitet. An diesen Ergebnissen ist interessant, daß sich der Stabilitätsbereich durch die Einführung solcher „realistischen“ time lags ausgeweitet hat.

Stabilitätsuntersuchungen haben mit der Verfügbarkeit von Elektronenrechnern wieder an Interesse gewonnen, man denke an die Simulationen des Zeitverhaltens ökonomischer Modelle. Engelkes Arbeit ist also aktuell, auch hinsichtlich ihres methodischen Vorgehens. Das Ergebnis legt nahe, bei künftigen Stabilitätsuntersuchungen den mit dieser Problemstellung verbundenen konzeptuellen und rechnerischen Mehraufwand zumindest in Erwägung zu ziehen.

Werner Meißner, Frankfurt

Knut Gerlach: Der Entwicklungsbeitrag von Bildungsinvestitionen unter Berücksichtigung verschiedener Entwicklungsstadien und -konzeptionen. Göttingen 1969. Otto Schwartz & Co. VIII, 150 S.

Die Entwicklung von Wirtschaftstheorie und empirischer Wachstumsforschung, verbunden mit Fehlschlägen einer auf Sachinvestitionen und materielle Infrastruktur gerichteten Entwicklungshilfe, haben zu einer Neuorientierung der Entwicklungspolitik geführt, die dem „menschlichen Faktor“, insbesondere den Bildungsinvestitionen, strategische Bedeutung für das Wachstum wenig entwickelter Volkswirtschaften zuweist. In den einleitenden Abschnitten der Schrift von Gerlach wird der bildungsökonomische Hintergrund dieser Neuorientierung zusammenfassend dargestellt. Die Berechnung des Anteils von Bildungsinvestitionen am Wachstum der USA in der Pionier-Arbeit von E. F. *Denison* dient hierbei als Beispiel für den Entwicklungsbeitrag in „industrialisierten Volkswirtschaften ohne ausgeprägte staatliche Wachstumskonzeption“. Die Kritik *Denisons* konzentriert sich auf dessen grenzproduktivitäts-theoretischen Modellrahmen, der unter den wirtschaftsstrukturellen Bedingungen sich entwickelnder Volkswirtschaften a fortiori als nicht anwendbar dargelegt wird. Die Frage des gesamten Entwicklungsbeitrages von Bildung, auch nur im Hinblick auf die Rate des technischen Fortschritts, die von *Denison* in einer unerklärten Restgröße primär bildungsabhängig gesehen wird, wird von Gerlach jedoch nicht weiter verfolgt.

In den folgenden Hauptabschnitten wird der Entwicklungsbeitrag in nicht industrialisierten Volkswirtschaften „im Rahmen der wirtschaftspolitischen Konzeption ‚Entwicklung von unten‘ bzw. der Konzeption ‚Entwicklung von oben‘ am Beispiel der deutschen technischen Gewerbeschulen in Entwicklungsländern bzw. der gewerblichen Berufsausbildung in Spanien diskutiert. Die inhaltliche Bestimmung und Relevanz der Unterscheidung dieser beiden Entwicklungskonzeptionen läßt

Gerlach jedoch offen. Ebenso bleibt die Frage unterschiedlicher Entwicklungsstadien innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer in ihrer Bedeutung für den Entwicklungsbeitrag von Bildungsinvestitionen unerörtert. Die Notwendigkeit einer Integration der Bildungsplanung in die allgemeine Entwicklungspolitik wird im Fall der deutschen Gewerbeschulen anhand der Gewerbeförderungsmaßnahmen aufgezeigt, die für effiziente Einsatzmöglichkeiten der Absolventen vor allem im Kleingewerbe- und kleinindustriellen Sektor entscheidend sind. Gerlach begründet jedoch auch erhebliche Zweifel, ob die Art der vermittelten Gewerbeschulausbildung in ausreichendem Maß den Bedingungen der Entwicklungsländer angepaßt ist bzw. ob nicht vielmehr ein an spezifischen handwerklichen Traditionen orientiertes und mittelstands-ideologisch überhöhtes Berufsbildungsmodell übertragen wurde, das kostspielige Ineffizienz impliziert.

Die Diskussion der gewerblichen Berufsausbildung in Spanien dient vor allem der Auseinandersetzung mit dem Arbeitskräftebedarfs-Ansatz der Bildungsplanung, wie er im Rahmen des spanischen Entwicklungsplanes der Expansion des Bildungswesens zugrunde gelegt wurde. Das Schwergewicht der Kritik liegt hierbei auf der technologischen Sicht des Zusammenhangs von Bildung, Arbeitsmarkt und wirtschaftlichem Wachstum. Demgegenüber betont Gerlach die sozial-strukturelle Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung und das sozial-innovatorische Potential von Bildung. Ebenso wird in diesem Zusammenhang auf soziale Bedingungen und Hemmnisse der Struktur und Entwicklung des Bildungswesens hingewiesen, die für den Entwicklungsbeitrag von Bildungsinvestitionen wichtige Störfaktoren und „Filter“ darstellen können. Gerade in dieser Hinsicht wäre eine Vertiefung der Untersuchung von Gerlach zu wünschen, die allerdings nur in einem interdisziplinären Forschungsansatz zu leisten sein wird.

Hans-Joachim Bodenhöfer, Berlin

Bernd Biervert: Der Beitrag der privaten Haushalte zum wirtschaftlichen Wachstum. Berlin-München 1969. Duncker & Humblot. 145 S.

Sieht man es Biervert nach, daß er gleichsam aus Begeisterung über die statistische Signifikanz seiner empirischen Untersuchungen die Akzente in der Argumentation für eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsanalyse etwas zu stark setzt, dann ist sein Versuch einer verhaltens-theoretischen Erklärung des Wachstumsprozesses ein möglicher Ansatzpunkt wirtschaftspolitischer Aktivität.

Biervert möchte die ökonomische Theorie in eine allgemeine Theorie des sozialen Handelns eingliedert wissen; für ihn sind daher, in seiner Konzeption vollkommen richtig, die üblichen wachstumsbestimmenden Faktoren ebenfalls abhängige Größen, nämlich abhängig von der Verhaltensweise, den Motiven und Einstellungen der handelnden Wirtschaftssubjekte. Angestrebt wird eine tiefergehende strukturelle Gliederung der Modelle und nicht, wie Biervert glauben machen will,

eine Neuorientierung in der Frage der Kausalität. In der so verstandenen Zielsetzung liegt denn auch der Reiz der Arbeit.

Der Konsument, repräsentiert durch die privaten Haushalte, erhält bei Biervert eine uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit zuerkannt, was die Verwendung und Erzielung seines Einkommens betrifft. Man empfindet die Kritik an der überkommenen Vorstellung einer strengen Nutzenabwägung als sehr erfrischend, ebenso die Interpretation des Sättigungsniveaus, das für jede soziale Schicht bei dem Status der nächsthöheren zu liegen scheint, so daß ein ständiger Anreiz zum Mehrverdienen bestehen bleibt. Die Entscheidungsfreiheit gilt jedoch keineswegs als autonom gesetzt, sondern ist ihrerseits wiederum abhängig von den „wachstumsfördernden Faktoren“ Mobilität, Ambition und Aspiration. Im einzelnen angesprochen werden die berufliche Orientierung, die Bereitschaft zur Mehrarbeit, die zeitliche Ausdehnung der beruflichen Tätigkeit über das Pensionsalter hinaus, die Bevorzugung von Routinearbeit, der Wunsch nach neuen Gütern, die Einstellung zur Schulausbildung der Kinder, die Haltung gegenüber neuen Konsumgütern, der Bereich Familie und schließlich der eigene Planungshorizont. Zwischen diesen letztlich die Entscheidung bestimmenden Faktoren und den Determinanten der Wachstumsrate stellt Biervert mit Hilfe des Auspik-Verfahrens einen quantitativen Zusammenhang her, der es ihm erlaubt, die abhängige Variable in ihrer Variabilität optimal zu erklären.

Die wachstumsbestimmenden Größen, um deren Determinierung sich Biervert aus der Sicht seiner Themenstellung bemüht, sind Einkommen und Arbeitszeit; denn der unmittelbare Beitrag, den die privaten Haushalte zum Sozialprodukt leisten, ist nach seiner Meinung ausschließlich von diesen beiden Komponenten bestimmt.

Biervert begnügt sich nicht mit dem Versuch einer besseren, im Sinne von verursachungsgerechteren Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate, er tritt den Beweis für seine Hypothese über umfangreiche Erhebungen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Spanien an. Die unterschiedlichen Wachstumsraten der untersuchten Länder finden in der unterschiedlichen Einstellung der jeweiligen Haushalte ihre Erklärung. Der Aussagewert derartiger Gegenüberstellungen ist dem von Querschnittsanalysen vergleichbar und daher mit all den Vorbehalten zu versehen, die hier üblich sind. Man muß Biervert unbedingt honorieren, daß er die Einbeziehung menschlichen Verhaltens in ein kausal interpretiertes Wachstumsmodell fordert und seine Forderung durch umfangreiches Material belegt. Was fehlt ist, wie bei den meisten Versuchen dieser Art, ein tatsächlich praktischer Schlüssel, der es erlaubt, psychologisch begründetes Verhalten in ökonomische Relationen zu übertragen. Es scheint Biervert zumindest theoretisch denkbar, daß die von ihm ermittelten Verhaltensweisen und Einstellungen trotz ihrer Komplexität konkret bestimmbar sind; der Anstoß, den Biervert mit seinem Beitrag zur Lösung dieses Problems gibt, ist überzeugend.

Rosemarie Fackler, Hannover

Hans K. Schneider (Hrsg.): Grundlagen der Wettbewerbspolitik. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 135 S.

Der Sammelband „Grundlagen der Wettbewerbspolitik“ enthält fünf Beiträge zu Fragen der Wettbewerbstheorie und Wettbewerbspolitik von verschiedenen Autoren.

In dem einleitenden Beitrag von Erich Hoppmann wird versucht, eine wirtschaftspolitisch praktikable Definition des Wettbewerbs (S. 9 ff.) zu entwickeln. Ausgangspunkt seiner Untersuchung sind die formalen und axiologischen Zielbestimmungen der Wettbewerbspolitik. Hinsichtlich der formalen Zielsetzung: Wettbewerb als wirtschaftspolitisches Instrument oder letztes Ziel in sich selbst spricht sich Hoppmann für eine vermittelnde Ansicht aus, die den Wettbewerb sowohl als nützliches Instrument als auch wegen seiner besonderen Eigenschaften zugleich wünscht (S. 13). Bei der axiologischen Zielbestimmung unterscheidet Hoppmann zwei große Zielkomplexe: Wettbewerbsfreiheit und ökonomische Vorteilhaftigkeit, die jedoch nicht unabhängig voneinander seien.

Offenbar in der Absicht, die Dilemmathese (Zielkonflikte zwischen den Wettbewerbsfunktionen) zu eliminieren, unterscheidet Hoppmann dann allerdings zwischen den „wechselseitigen individuellen Vorteilen“ und den „überindividuellen Vorteilen“ (S. 20 ff.). Er bejaht die Möglichkeit eines Dilemmas nur für die überindividuellen ökonomischen Vorteile, bei denen der Wettbewerb als ein apparatives Zweckgefüge gesehen wird, dagegen nicht hinsichtlich der individuellen ökonomischen Vorteile, bei denen es keinen Konflikt geben könne. Dieses Ergebnis folgt allerdings aus seinem tautologischen Ansatz, wonach Wettbewerbsfreiheit und individuelle ökonomische Vorteile zwei Seiten einer Medaille sind (S. 21). Wenn Hoppmann in diesem Zusammenhang die These aufstellt, daß bei economies of scale (z. B. Leitungsmonopole) ein Wettbewerb „nicht möglich“ sei und daher auch kein „Dilemma zwischen Wettbewerbsfreiheit und ökonomischer Vorteilhaftigkeit“ bestehe (S. 22), so verkennt er, daß ein Wettbewerb in solchen Fällen sehr wohl möglich, jedoch wegen der Verschwendung von Ressourcen nicht erwünscht ist.

Hoppmann erliegt offenbar der Suggestion einer Art Freiheitsphilosophie, wenn er glaubt, das Problem von Zielkonflikten in der Wettbewerbspolitik mit der Unterscheidung von individuellen und überindividuellen ökonomischen Vorteilen aus der Welt schaffen zu können. Dieser Nachweis ist ihm jedenfalls im Hinblick auf die individuellen ökonomischen Vorteile nicht gelungen.

Ernst Heuß behandelt in seinem Beitrag die Wettbewerbs- und Wachstumsproblematik des Oligopols (S. 50 ff.). Er weist darauf hin, daß je nachdem, ob sich ein Oligopol in der Expansions- oder Ausreifungsphase befindet, das Marktverhalten sich verändert (vgl. im einzelnen dazu seine „Allgemeine Markttheorie“ von 1965). In der Ausreifungs- und Stagnationsphase wirke das Oligopol — entgegen den Thesen mancher Wachstumstheoretiker, die lediglich die Ange-

botsseite betrachten — ausgesprochen wachstumshemmend. Durch Offenhaltung der Märkte in der Expansionsphase und Verhinderung der Reoligopolisierung (durch Fusionskontrolle) in der Ausreifungs- oder Stagnationsphase will Heuß die negativen wettbewerbs- und wachstumspolitischen Wirkungen reifer Oligopole wirtschaftspolitisch verhindern.

Clemens August *Andreae* untersucht das Prinzip der gegengewichtigen Marktmacht, das er primär als ein Instrument zur Wettbewerbsförderung und -erhaltung und erst sekundär als Ersatz des Wettbewerbsmechanismus verstanden wissen will (S. 71 ff.). Die Gefahren eines Konzeptes, Machtungleichgewichte durch Beeinflussung der Marktmachtverteilung auszugleichen, bagatellisiert u. E. der Verfasser zu sehr, wenn er behauptet, daß in einer dynamischen Wirtschaft immer wieder Faktoren wirksam sind, die einer starren Vermachtung entgegen wirkten (S. 92 f.). Das gleiche Argument ließe sich auch für die Beeinflussung von Marktmacht durch den dynamischen Wettbewerb heranziehen, wodurch Maßnahmen zur Bildung von Gegenmacht überflüssig werden würden.

Mit dieser Kritik soll das Problem von Machtungleichgewichten in der Wirtschaft nicht geleugnet werden; unter bestimmten Voraussetzungen kann der Wettbewerb durch die Bildung von Gegenmacht durchaus gefördert werden, doch kommt das Aufzeigen dieser Grenzen der Gegenmachtbildung in dem Beitrag von *Andreae* zu kurz, der sich mehr als ein Plädoyer für eine allgemeine Gegenmachtbildung als Ersatz des Wettbewerbsmechanismus liest.

Hans *Möller* befaßt sich in seinem Beitrag mit den Fragen einer einheitlichen Wettbewerbspolitik in der EWG (S. 95 ff.), wo „materielle Wettbewerbsrechte mit verschiedener Intensität und Systematik längere Zeit weiterbestehen und ihre Nützlichkeit unter Beweis zu stellen vermögen“ (S. 101). Hinsichtlich der Behandlung von Konzentrationsvorgängen in der EWG spricht sich der Verfasser für die Schaffung einer europäischen Fusionskontrolle aus, um wettbewerbspolitisch bedenkliche Zusammenschlüsse unterbinden zu können.

Wilhelm *Weber* (S. 121 ff.) zeigt in seinem Beitrag Wettbewerbspolitik und Wettbewerbsrecht in der Integration am Beispiel der Efta, daß der Efta-Vertrag den Zusammenhang zwischen dem Abbau von Handelshemmnissen und der Aufstellung von Wettbewerbsregeln insofern nicht gelöst hat, als wettbewerbsbeschränkende Praktiken nicht durch den Vertrag selbst verboten sind, sondern dem durch derartige Praktiken beschwerten Unternehmen nur ein Beschwerderecht bei den zuständigen nationalen Behörden gibt. Anders als in der EWG fehlt also in der Efta eine einheitliche Wettbewerbspolitik — eine berechtigte Kritik, die allerdings mit dem beabsichtigten Anschluß der meisten Efta-Länder an die Europäische Gemeinschaft an Bedeutung verlieren wird.

Ingo Schmidt, Berlin

Jürgen Schröder: Zur Theorie der Devisenterminmärkte. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 148 S.

Die Arbeit gliedert sich in acht Teile: Zinsparitätentheorie; Bestimmung der Gleichgewichtskurse und des Umfangs internationaler Kapitalbewegungen; Stabile und instabile Gleichgewichte auf den Devisenterminmärkten; Spekulation und Devisenterminmärkte; Gleichgewichtskurse bei Existenz mehrerer Terminmärkte; Interventionspunkte und Devisenterminmärkte; Zinspolitische Maßnahmen und Terminmarktinterventionen als Mittel zur Korrektur einer gestörten Zahlungsbilanz; Terminmarktinterventionen in Zeiten spekulativen Drucks. Diese Unterteilung macht die Darstellung der ohnehin etwas schwierigen Materie stellenweise etwas unübersichtlich und führt bei einer Reihe theoretischer Überlegungen zu einer gewissen Redundanz.

Das erste Kapitel behandelt, ausgehend von *Keynes'* Überlegungen, die Zinsparitätentheorie, nach welcher internationale Zinsdifferenzen durch Reports bzw. Deports zwischen den entsprechenden Währungen ausgeglichen werden, und stellt die Gleichgewichtsbedingung zwischen Kassa- und Terminkurs der Anlagewährung aus der Sicht der Anleger an den internationalen Geldmärkten mit dem üblichen mathematischen Formelapparat dar. In den folgenden Kapiteln wird das Zustandekommen des Gleichgewichts zwischen Kassa- und Terminkursen am Devisenmarkt näher untersucht: Im zweiten Kapitel werden zunächst die Transaktionen der Händler (Importeure und Exporteure) in die Untersuchung einbezogen, und nach einigen interessanten Überlegungen zur Stabilität dieses Kursgleichgewichts aufgrund der Elastizitäten auf den Import- und Exportgütermärkten im dritten Kapitel folgt im vierten Kapitel schließlich die Einbeziehung der Spekulation in das Devisenmarkt-Modell, insbesondere ihr unterschiedliches Verhalten bei autonomer und bei preisniveauiduzierter Zinsniveau-Variation. Das fünfte Kapitel untersucht, ausgehend von den Arbeiten *Sohmens* auf diesem Gebiet, die Gleichgewichtsbedingungen bei Existenz von Terminmärkten unterschiedlicher Fristigkeiten, ohne allerdings bei der analytischen Ableitung über ein rein formales Modell hinauszugelangen.

Die Einbeziehung der Devisentransaktionen der Zentralbank (6. Kapitel) liefert schließlich ein realitätsnahes Modell zur Erklärung der Kursbildung an den Devisenmärkten unter den Bedingungen des gegenwärtigen Währungssystems. Schröder zeigt die Konsequenzen auf, die sich aus der Existenz fester Interventionspunkte für die einzelnen Marktteilnehmer, insbesondere für die Zentralnotenbank hinsichtlich ihrer nationalen Geldpolitik, ergeben. Diese Gedanken werden in den beiden folgenden Kapiteln unter dem Aspekt des Zahlungsbilanzausgleichs und dem eines spekulativen Angriffs auf die eigene Währung weiter ausgeführt, wobei eine Reihe interessanter Ergebnisse sichtbar werden.

Steffen Ehrig, Berlin

Lawrence H. Officer and Thomas D. Willett (Ed.): *The International Monetary System*. Englewood Cliffs, N. J. 1969. Prentice-Hall Int. 238 S.

Die Zahl der neu erscheinenden Readings-Bände ist bald Legion. Gerade auf dem Gebiet der internationalen Währungspolitik besteht sicher kein Mangel an solchen oder ähnlichen Publikationen. Eine „Rechtfertigung“ der vorliegenden Veröffentlichung kann man vor allem in der Zusammenstellung sonst nicht leicht zugänglicher Artikel und Stellungnahmen sehen. In vier Teilen befassen sich die zahlreichen Autoren mit dem gegenwärtigen Währungssystem, den Ursachen für die immer wieder auftretenden Schwierigkeiten und den möglichen Alternativen. Das „Korsett“ bilden einleitende Darstellungen zu den jeweiligen Problemen; dort werden auch die in der am Schluß angefügten Bibliographie angegebenen Veröffentlichungen kurz in die Betrachtung einbezogen.

In den meisten Aufsätzen werden die Fragen der internationalen Währungsordnung und ihrer Reform aus der Sicht der USA, teilweise auch Englands behandelt. Das gilt nicht nur für die Artikel über die Stellung der USA als „Weltbankier“, die Probleme von Dollar und Pfund, sondern beispielsweise auch für alle Kapitel zur Einführung flexibler Wechselkurse (*Friedman, Meade und Yeager*). Damit erhält das Buch einerseits besonderen Informationswert zu einem speziellen Gesichtspunkt, verliert aber gleichzeitig weitgehend den Charakter eines allgemeinen Überblickes. Vielleicht hätte man diese besondere Eigenschaft des Buches im Titel zum Ausdruck bringen sollen.

Die einzelnen Artikel sind durchweg leicht verständlich, aber dennoch von beachtlichem theoretischen Niveau oder beleuchten den politischen Hintergrund der Vorgänge im internationalen Währungssystem, wie dies vor allem in den interessanten Ausführungen aus dem *Economist* zu den Hintergründen der letzten Pfundabwertung geschieht. Neue Gesichtspunkte finden sich kaum, so daß sich auch eine detaillierte Inhaltsangabe erübrigt. Besondere Erwähnung verdient die Feststellung von *Machlup* (*The Adjustment Problem and the Balance-of-Payments Policy of the United States*), die USA hätten bereits eine partielle Abwertung des Dollars vorgenommen bzw. vorgeschlagen. Er zählt hierzu die Tatsache, daß die Regierung bei Ausgaben für die im Ausland stationierten Truppen den Kauf in den Vereinigten Staaten bevorzugt, wenn die Kosten in heimischer Währung den entsprechenden Devisenaufwand um nicht mehr als 50% übersteigen. Damit wird der ausländischen Währung de facto ein höherer Wert als nach der Parität zuerkannt. Ähnliches gilt für die Warenbindung der Auslandshilfe und die Steuer auf den Kauf ausländischer Wertpapiere.

Das Dilemma des bestehenden Währungssystems wird aus fast allen Artikeln deutlich. *Emminger* (*Practical Aspects of the Problem of Balance-of-Payments Adjustment*) verneint in seinen Schlußbemerkungen (S. 133) die Frage, ob der Anpassungsmechanismus im heutigen Währungssystem tatsächlich zusammengebrochen sei. Er weist darauf

hin, daß immer dann, wenn von Defizitländern ernsthafte Versuche unternommen wurden (Italien, Japan, Bundesrepublik), der Ausgleich erstaunlich schnell zustande kam. „Thus, the ‚mechanism‘ as such has not broken down. It simply has not always been used — for good or bad reasons.“

Otmar Issing, Nürnberg

Hilde Wander: Bevölkerungsprobleme im Wirtschaftsaufbau kleiner Länder. Das Beispiel Jordanien. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 228 S.

Gegenstand der Veröffentlichung ist das Zusammenspiel von Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in einem sogenannten Entwicklungsland. In der Einleitung wird zunächst herausgestellt, warum es überhaupt interessant ist, sich mit diesen Entwicklungen in einem so relativ kleinen Land zu befassen, und inwieweit die Verhältnisse in Jordanien als Beispiel für andere Entwicklungsländer verstanden werden können.

Im ersten Kapitel werden als Basis der weiteren Analysen „Jordaniens Stellung im arabischen Raum“, seine geographische und politische Situation, die Lebensgrundlagen der Bevölkerung und Jordaniens Einbettung in die wirtschaftliche Umwelt geschildert.

Im zweiten Kapitel — dem eigentlichen Hauptteil — werden zunächst einige wesentliche Komponenten skizziert, die beim Zusammenspiel von Bevölkerungs- und Wirtschaftsprozess zu beachten sind. Die Verfasserin kann hier auf eine frühere ausführliche Behandlung dieser Verknüpfungen verweisen. Dann werden die Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsbewegung behandelt, wobei besondere Aufmerksamkeit der Frage gewidmet wird, warum gleichzeitig mit dem Sinken der Sterblichkeit die Fruchtbarkeitswerte zu steigen begonnen haben. Probleme der Binnenwanderung, Folgen der Bevölkerungsvermehrung und eine ausführliche Darstellung der Beziehungen zwischen Altersaufbau und wirtschaftlicher Leistungskraft sind weitere Schwerpunkte dieses Hauptteils.

Im dritten, kurzen Schlußkapitel werden die besonderen Schwierigkeiten noch einmal herausgestellt, die durch die spezifische Art der Bevölkerungsentwicklung für den wirtschaftlichen Aufbau in Jordanien entstehen. Die Verfasserin glaubt, daß letztlich nur über eine Senkung der Geburtenrate eine echte Lösung der Problematik zu erreichen ist.

Ein umfangreicher Anhang, der aus mehreren Kapiteln besteht, beschreibt ausführlich, wie die Daten gewonnen bzw. geschätzt worden sind, mit denen gearbeitet wurde, und enthält u. a. eine Erläuterung demographischer Begriffe.

Es fällt leicht, die vorliegende Veröffentlichung zu beurteilen. Sie ist präzise und verständlich geschrieben. An allen Stellen blickt durch, daß die Verfasserin eine umfangreiche und gründliche Kenntnis der Materie besitzt, was allerdings nicht verwunderlich ist, da sie zweifellos im deutschsprachigen Raum zu den führenden Wissenschaftlern hin-

sichtlich der Problematik des Zusammenhangs von Wirtschaft und Bevölkerung zählt. Die Veröffentlichung ist insbesondere auch deshalb hervorzuheben, weil es der Verfasserin immer wieder gelingt, vom jordanischen Detail zu generellen demographischen Problemen durchzustoßen. Das eingangs gegebene Versprechen, daß Jordanien hier als Beispiel für umfassendere Zusammenhänge behandelt werden soll, wird also voll eingehalten. Insgesamt ist die Veröffentlichung als wissenschaftlich fundiert, interessant und ergiebig zu klassifizieren.

Karl Martin Bolte, München

Kotaro Ikeda; Yoshitaro Kato; Junichi Taiyoji: Die industrielle Entwicklung in Japan unter besonderer Berücksichtigung seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 234 S.

Die drei Autoren geben einen Abriß der japanischen Wirtschaftsentwicklung seit der Meiji-Restauration (1868) und gliedern den Entwicklungsprozeß in fünf Stufen: Entstehung des Kapitalismus (1868 bis 1890), Entwicklung des Kapitalismus (1890-1920), Stagnation des Kapitalismus (1920-1931), Quasi-Kriegs- und Kriegswirtschaft (1931 bis 1945), Wiederaufbau und gegenwärtiger Stand (nach 1945). Im zweiten Teil der Monographie werden die geistigen Grundlagen des japanischen Wirtschaftsdenkens dargelegt. Dabei tritt deutlich die Wirkung der deutschen Nationalökonomie, speziell der Historischen Schule, hervor.

Sowohl an der Darstellung der empirischen Züge der japanischen Wirtschaftsentwicklung als auch im theoriegeschichtlichen Abschnitt wird deutlich, wie wenig liberalistisches Denken für den Wirtschaftsaufschwung maßgebend gewesen ist und wie stark von Anfang an die Hand des interventionistischen Staates, der allerdings bis heute eng mit den Interessen des Kapitals verflochten ist, den Entwicklungsprozeß gelenkt hat.

Die Verfasser versuchen zwar, Parallelen zwischen dem japanischen und dem europäischen Kapitalismus herzustellen, aber solcher Versuch scheint eher euphemistischen Tendenzen als der Realität zu entsprechen. Nicht anders ist die einleitende Bemerkung zu verstehen: Der Umstand, „daß in Japan (der Entwicklungsprozeß) auf einen relativ kurzen Zeitraum zusammengedrängt wurde, machte es notwendig, daß die private Initiative der Unternehmer in verstärktem Maße der staatlichen Lenkung unterworfen werden mußte“ (S. 19).

Die Arbeit bezieht in starkem Maße die sozialen Komponenten der Entwicklung ein und erhellt hier den ausgeprägten Klassencharakter der japanischen Gesellschaft, der u. a. in einem extremen Wohlstandsgefälle und einer bis heute währenden Verfestigung der dualistischen Struktur des Landes zutage tritt. Die Autoren widmen sich zwar nicht einer Analyse der „Wohlstandssituation“ ihres Landes, aber es bleibt nicht verborgen, daß das wirtschaftliche Wachstum mit materiellen Beschränkungen der breiten Bevölkerung und den daraus resultierenden Freiheitsverlusten erkaufte wurde und weiterhin darauf basiert. Die relativ niedrige Massenkaufkraft, die hohe Sparquote und die Abhän-

gigkeit der japanischen Wirtschaft vom Export führte seit 1962, nach der rapiden Wachstumsphase (1956-61), zu rezessiven Erscheinungen. Kato, der den Abschnitt über die jüngste Entwicklungsstufe verfaßt hat, kommt sogar zu einer unerwartet pessimistischen These: „Die Teilnahme Japans am freien Welthandelssystem wird in Zukunft der Vergrößerung der Ausfuhr Japans einen schweren Schlag versetzen“ (S. 160). Die wachsende Kritik am japanischen Protektionismus und die immensen sozialpolitischen Versäumnisse in der japanischen Gesellschaft bestärken diese Skepsis gegenüber künftigen Expansionsmöglichkeiten.

Karl Georg Zinn, Aachen

Franz Greiß, Philipp Herder-Dorneich, Wilhelm Weber (Hrsg.): *Der Mensch im sozio-ökonomischen Prozeß*. Festschrift für Wilfrid Schreiber. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 437 S.

Aus der sozialpolitischen Diskussion der letzten 15 Jahre in der Bundesrepublik ist der Name Wilfrid *Schreibers* kaum wegzudenken. Sein vielfältiges wissenschaftliches wie auch politisches Engagement (vor allem auch über seinen Kontakt zum Bund Katholischer Unternehmer) findet in beträchtlichem Umfang seine Widerspiegelung in der hier anzuzeigenden Festschrift für den Kölner Ordinarius für Sozialpolitik.

Der Sammelband enthält — außer einem einleitenden Geleitwort von Franz *Greiß* (Wilfrid Schreiber und der Bund Katholischer Unternehmer — BKU —) sowie einem Verzeichnis der Schriften des Jubilars — fünf große Teile mit insgesamt 30 Beiträgen.

Unter der Überschrift „*Grundlagen der Gesellschaftspolitik*“ sind u. a. Beiträge zusammengefaßt von Johannes *Messner* (Naturgesetz), René *König* (Gleichberechtigung von Mann und Frau — soziologisch gesehen), Gerhard *Weisser* (Jakob Friedrich Fries als Sozialpolitiker; der Titel ist zum Teil irreführend, da fast ausschließlich bestimmte allgemeine Grundpositionen der Fries-Nelsonschen Schule behandelt werden), Philipp *Herder-Dorneich* (Wahl und Wahlmechanismus — Ansatzpunkte zu einer Systemanalyse des Wählers als Beitrag zu einer allgemeinen Theorie der Wahl) und Bernhard *Külp*, der „Zur Zielproblematik in der Lehre von der Gesellschaftspolitik“ ausführt, daß eine Beachtung des Postulats der Werturteilsfreiheit zwar die Trennung explikativer und normativer Aussagen erfordert, jedoch nicht im Widerspruch steht a) zur Bewertung der Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit durch den Wissenschaftler und b) — was mir als besonders hervorhebenswert erscheint — dazu, daß „der Wissenschaftler einen echten wissenschaftlichen Beitrag zur Beantwortung der Frage leisten kann, welche politischen Ziele als erstrebenswert zu gelten haben“ (S. 86). Das letzte bezieht sich — wie *Külp* klar hervorhebt — auf die Untersuchung der Wünschbarkeit politischer Ziele; dagegen verfügt „die Wissenschaft über kein Kriterium, aufgrund dessen Normen, Werte und Ziele angenommen oder abgelehnt werden können“ (S. 100).

Aus dem folgenden Teil — betitelt „*Gesellschaftliche Entscheidung durch den Markt*“ — möchte ich vor allem zwei verteilungstheoretische Arbeiten erwähnen, einmal die von Carl Föhl (Die Überwälzbarkeit gewinnbezogener Belastungen) und zum anderen von Hanns-Joachim Rüstow (Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Unternehmensgewinns. Eine Differentialgewinn-Theorie.). Föhl drückt — gestützt auf ausführliche theoretische Erörterungen — seine Skepsis gegenüber den verteilungspolitischen Erfolgsmöglichkeiten überbetrieblicher obligatorischer Gewinnbeteiligungsmaßnahmen aus; dieser Beitrag dürfte genügend Stoff zu kritischer Auseinandersetzung in der Zukunft in sich bergen. — Enge Beziehung zu einer Arbeit Schreibers hat noch der Beitrag von Theo Thiemeyer (Die Bedeutung des Schreiberschen Kostentheorems für die Theorie der Preisbildung bei öffentlichen Unternehmen.).

Mit „*Der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft*“ sind die nächsten drei Beiträge von Bernt Heise (Freizügigkeit in der EWG), Harry Hoefnagels (Soziale Problematik der Zechenstilllegungen) und Otto Blume (Einfluß der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der deutschen Industrie) überschrieben.

Dem Schwerpunkt Schreiberscher Arbeit entsprechend, ist auch der folgende Teil — „*Soziale Sicherung im sozio-ökonomischen Prozeß*“ — der umfangreichste. Zwei Bereiche, in denen Schreiber vielfach mit Publikationen hervortrat, Probleme der Krankenversicherung sowie des Familienlastenausgleichs, sind mit nur je einem Beitrag vertreten. Das Schwergewicht liegt hier bei Problemen der Rentenversicherung, mit Beiträgen von Oswald von Nell-Breuning, Paul Braeß, Walter Bogs — Zur Rechtsstellung der nicht berufstätigen geschiedenen Frau (Hausfrau) in der gesetzlichen Rentenversicherung —, Heinz Allekotte, Detlev Zöllner und J. F. V. Deneke.

Heinz Allekotte, ein Mitarbeiter Schreibers, setzt sich kritisch mit Argumenten auseinander, die gegen eine an der Nettolohnentwicklung orientierte Rentenanpassung vorgebracht werden (Nettolohn = Bruttolohn minus Rentenversicherungsbeitrag). Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei nur folgendes erwähnt: Wenn Allekotte — ebenso wie Schreiber — auch die Arbeitgeber-Beitragsanteile zur Rentenversicherung als Lohnbestandteile ansieht, können nicht einfach „— bei einer Anwendung der Nettoformel — die heute in die allgemeine Bemessungsgrundlage eingehenden durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelte um 16 % vermindert werden“ (S. 305). Die Arbeitsentgelte müßten dann zunächst um die Höhe des Arbeitgeberanteils heraufgesetzt werden. Weiterhin sei betont, daß bei der Anwendung einer solchen „Nettoformel“ stets nur Veränderungen(!) in der Höhe der Beitragsätze interessieren; bei konstanten Beitragsätzen sind ja die Steigerungsraten von Brutto- und „Nettolöhnen“ einander gleich. Konsequenterweise müßten dann die Rentenanpassungssätze bei einer Verminderung der Beitragsätze im Vergleich zur gegenwärtig geltenden „Bruttoformel“ höher sein.

Abschließend seien noch wenige Bemerkungen zum letzten Teil dieser Festschrift, „*Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand*“, angefügt. Mit dem Namen Schreiber (zusammen mit dem *Drägers*) ist ja ein eigener vermögenspolitischer Plan verbunden, der u. a. eine konjunkturelle Variationsmöglichkeit von Teilen der angesammelten Guthaben vorsieht, z. B. zum Zwecke der Konsumanregung in Zeiten der Rezession. Wenn auch von manchen Autoren gerade die Möglichkeiten positiv gewürdigt werden (so kürzlich z. B. Gustav *Hampel* in seiner Rezension dieser Festschrift in: Sozialer Fortschritt, Heft 4/1970), bin ich der Meinung, daß damit gerade den vermögensverteilungspolitischen Zielsetzungen entgegengearbeitet wird.

Interesse kann in diesem Teil des Bandes hauptsächlich der Beitrag von Heinrich *Dräger* beanspruchen. (Fritz *Burgbachers* Ausführungen zur „Interdependenz zwischen Sozialversicherungsbeiträgen und der Vermögensbildung“ gehen meist über eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen oder nahezu lächerlich wirkenden Vorschlägen kaum hinaus; so schlägt er allen Ernstes als „bedeutenden Fortschritt“ für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer vor, durch die Lohnfortzahlung eingesparte Krankenversicherungsbeiträge „zur Vermögensbildung, insbesondere zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionskapital der Wirtschaft“(!) zu verwenden (S. 407).) — *Dräger* befaßt sich mit dem „Begriff des Vermögens in der sozialpolitischen Diskussion“. Sein anfangs gegebener Hinweis auf die Berücksichtigung des in den Haushalten angesammelten „Gebrauchsvermögens“ dürfte aber entgegen *Drägers* Meinung wohl keine „Verbesserung des Verteilungsbildes der Arbeitnehmer“ ergeben, da nicht — wie *Dräger* es tut — auf die Höhe des Gesamtbestandes, sondern auf die des Pro-Kopf-Bestandes (oder je Haushalt) abgestellt werden muß. Erwähnenswert ist dagegen folgendes; *Dräger* greift die auch von *Bombach* vertretene Argumentation auf, daß die Rentenansprüche als Vermögen anzusehen seien, ein bei vornehmlich mikroökonomischer Betrachtungsweise zweifellos zutreffender Gesichtspunkt. Betont werden muß jedoch, daß bei einer solchen Betrachtungsweise nahezu ausschließlich nur auf *ein* Ziel der Vermögenspolitik abgestellt wird: Dem Vermögen soll primär eine Sicherungsfunktion zuerkannt werden. Sieht man allein oder vorwiegend diesen Aspekt, dann kann man aber die Meinung vertreten, daß eine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, wie sie nun schon seit Jahren immer wieder diskutiert wird, überflüssig ist, denn die Sicherung verschafft zum größten Teil ja eben das Sozialversicherungssystem. Vermögensbildung der Arbeitnehmer muß dann also primär aus anderen Motiven heraus gefordert und begründet werden.

Winfried Schmähl, Frankfurt/Main

Peter Rosenberg: Die soziale Krankenversicherung — Pflichtversicherung oder freiwillige Vorsorge? Köln 1969. Bund Verlag. 197 S.

Eine der zentralen Fragen, die immer wiederkehrend im Zusammenhang mit Sozialversicherungseinrichtungen gestellt wird, zielt ab auf

das Verhältnis von freiwilliger Vorsorge und Vorsorgepflicht. Besonders bei Diskussionen über die Gestaltung der beiden quantitativ bedeutendsten Sozialversicherungszweige, der gesetzlichen Renten- und der gesetzlichen Krankenversicherung, wird häufig, ausgehend von unterschiedlichen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Grundkonzeptionen, das eine oder andere Gestaltungsprinzip in den Vordergrund gerückt.

Peter Rosenberg, Mitarbeiter des WWI, untersucht in seiner Kölner (von Gerhard Weisser betreuten) Dissertation diese Fragestellung speziell für die Krankenversicherung. Der Autor legt seine Untersuchung breit an, ohne dabei jedoch den „roten Faden“ zu verlieren. Die ersten einhundert Seiten (die Hälfte des Buches) verwendet der Verfasser dazu, um — nach begrifflichen Klärungen und der Skizzierung allgemeiner „Gestaltungsfaktoren gesellschaftlicher Einrichtungen“ (hier werden unterschieden Motive, Interessenvertreter und Bedingungen für die Gestaltung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse sowie die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft) — ausführliche historisch-orientierte Betrachtungen anzustellen. Dabei bieten die erwähnten Gestaltungsfaktoren sowohl bei der Beschreibung und Analyse der vergangenen Entwicklung als auch bei der Diskussion aktueller Fragen Anhaltspunkte für unterschiedliche Argumentationsketten.

Die Entwicklung des allgemeinen Krankenversicherungssystems von 1800 bis 1945 wird von Rosenberg in vier Abschnitte zerlegt, wobei die jeweilige Situation, die entwickelten Ideen und die daraus erwachsenden Reformvorschläge skizziert werden. Dieser Teil bietet dem Leser einen instruktiven Überblick über theoretische Vorstellungen und die praktische Ausgestaltung von gesetzlichen Krankenversicherungseinrichtungen, in denen sich Wandlungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens widerspiegeln.

Das letzte Drittel des Buches hat die Krankenversicherung in der Bundesrepublik zum Thema. Hier geht Rosenberg in drei Stufen vor: Zuerst werden Fakten vermittelt (Die Entwicklung der Krankenversicherung seit 1945), dann folgt eine Zusammenfassung der Kritik am gegenwärtigen System und der wichtigsten Reformvorschläge. Zuletzt versucht der Verfasser eine „Würdigung der Kritik und der Reformvorschläge im Hinblick auf die medizinischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Gegenwart“.

Auch Rosenberg muß — mit vollem Recht — den Mangel statistischer Unterlagen für viele der wirtschafts- und sozialpolitisch interessierenden Fragestellungen beklagen. So fehlt beispielsweise — und nicht nur für die Krankenversicherung — eine Trennung auf der Beitrags- und der Leistungsseite in versicherte Selbständige und Unselbständige. Gleichfalls ist eine „quantitative Analyse der Einkommensumverteilungsprozesse im Rahmen der sozialen Krankenversicherung ... aufgrund des vorliegenden statistischen Materials nicht möglich“ (S. 119), wobei von der Überwälzungsproblematik noch gar nicht einmal gesprochen zu werden braucht.

Nach einer informativen Zusammenstellung über die aus den verschiedenen Richtungen vorgebrachte Kritik am bestehenden System der sozialen Krankenversicherung und der realistischen Einschätzung, daß „die derzeitigen Meinungsverschiedenheiten über eine wünschenswerte Gesellschaftsgestaltung sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen im Rahmen der gegenwärtigen Sozialgesetzgebung nur eine Modifizierung des geltenden Krankenversicherungsrechts, nicht aber eine grundsätzliche Neugestaltung zulassen“, wird — um „eine allgemein erwünschte Steigerung des Verantwortungsbewußtseins und der Entscheidungsfreiheit“ (S.167) ohne Gefährdung des Krankenversicherungsschutzes der Bevölkerung zu ermöglichen — von Rosenberg in erster Linie eine umfassende Information gefordert, „die dem Versicherten ein umfangreiches Wissen über die Gesundheitsvorsorge, ... seine Verpflichtung in gesunden und kranken Tagen ... (und über) die wirtschaftlichen Verpflichtungen und Wechselbeziehungen des Systems der sozialen Sicherung“ (S.176) vermittelt, um so den Versicherten auch die Grundlage für eigenverantwortliches Handeln zu verschaffen. Außerdem wird vom Autor die Wahl zwischen mehreren Tarifen befürwortet.

Abschließend sei der positive Eindruck unterstrichen, den diese Arbeit hinterläßt. Der Verfasser versteht es, einen instruktiven Überblick zu geben, sowohl über die Entwicklung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung als auch über zentrale, heute diskutierte Probleme (unter deutlichem Hinweis auf die Notwendigkeit interdisziplinärer Forschung auf sozialpolitischem Gebiet). Dabei wird die konkrete Fragestellung (Pflichtversicherung oder freiwillige Vorsorge) nicht aus den Augen verloren. Gerade wegen ihres Überblickscharakters erscheint mir die Arbeit als Lektüre für Studenten besonders geeignet.

Winfried Schmähl, Frankfurt/M.

Johann Christoph Leverkus: Das Verhalten der Kleinaktionäre in seiner Bedeutung für die Eigentumpolitik. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 279 S.

Leverkus behandelt in seiner instruktiven Arbeit einen besonders wichtigen Teilaspekt der vermögens- und eigentumpolitischen Diskussion, nämlich ob die Aktie dazu beitragen kann, eine breitere Vermögensstreuung als bisher zu erreichen. Diese Fragestellung verdient besonderes Interesse, wird doch die Aktie gemeinhin als eine risikoreiche und spekulative Anlageform angesehen und damit für den Bezieher kleiner Einkommen als wenig geeignete Sparform charakterisiert. Anhand der Ergebnisse einer Repräsentativerhebung, bei der mehr als 400 Aktionäre befragt wurden, ermittelt nun Leverkus das tatsächliche Verhalten der Aktionäre in allen Situationen, denen sich ein Aktienbesitzer ausgesetzt sehen kann, und kommt zu Verhaltensweisen des durchschnittlichen Kleinaktionärs, die weit von dem Typ des Spekulanten abweichen. Wertvoll erscheint, daß in einem umfangreichen Tabellenanhang die Befragungsschemata und die Auswer-

tung der Antworten angegeben sind. Hier finden sich wichtige Aufschlüsse darüber, wie das Verhalten der Kleinaktionäre von sozial-ökonomischen Merkmalen wie Beruf, Monatseinkommen, Schulbildung und Alter beeinflusst wird. Obwohl wegen der staatlichen Privatisierungspolitik besonders die Volksaktionäre analysiert werden, beschränkt sich die Untersuchung aber nicht auf diesen Kreis, sondern bezieht auch die übrigen Kleinaktionäre ein und sichert die Ergebnisse durch Rückgriff auf amerikanische Studien ab.

Im ersten Teil der Arbeit wird der Begriff des Kleinaktionärs abgegrenzt, und zwar in Anlehnung an den Sprachgebrauch. Die Umfrage ergab, daß ein Aktienbesitz im Gesamtwert bis 100 000 DM noch als klein anzusehen ist. Dabei ist zu beachten, daß der Begriff Kleinaktionär von der ökonomischen und sozialen Stellung des Befragten abhängt, also sozial determiniert ist. Nach sozialökonomischen Aspekten erfolgt auch die Analyse des Aktienbesitzes. Geschlecht, Beruf, Alter, Wohnortgröße, Schulbildung und ökonomischer Status geben interessante Einblicke in die Struktur des Aktienbesitzes.

Die Maßnahmen in der Bundesrepublik zur breiteren Streuung des Aktienbesitzes werden im zweiten Teil behandelt. Ausgehend von den Zielsetzungen der Eigentumspolitik sind es die steuer- und gesellschaftsrechtliche Rahmengesetzgebung, das Sparprämien-gesetz, die Privatisierungspolitik und die beiden Gesetze zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer, die dargestellt werden. Bedeutsam ist besonders die Einbeziehung der Rahmengesetzgebung, da deren eigentumspolitische Aspekte meist vernachlässigt werden, weil diese Gesetze überwiegend andere als eigentumspolitische Zielsetzungen haben.

Im dritten Teil tritt Leverkusen in die eigentliche Untersuchung des Verhaltens der Kleinaktionäre ein. Analysiert werden die Einstellung zum Aktienbesitz, zu den Banken und Sparkassen, zum Kreditengagement. Letzteres ist besonders interessant für das spekulative Verhalten. Das Ergebnis ist für die Aktie als eigentumspolitisches Mittel positiv, da knapp 70 % der Befragten einen Aktienkauf auf Kredit ablehnen. Angaben werden auch über Kenntnisse über Aktien und das laufende Informiertsein gemacht. Beachtenswert ist, daß Angehörige oberer sozialer Schichten durchaus nicht immer am besten informiert sind, sondern das Informationsbewußtsein sehr breit gestreut ist. Als Motive des Aktienerwerbs werden Spekulations-, Kapital- oder Zwecksparanlage und Prestige Gesichtspunkte gegenübergestellt. Letztere spielen bei breiten Bevölkerungsschichten eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Den Umgang der Aktionäre mit ihrem Aktiendepot behandelt der letzte Teil der Arbeit. In dem vierjährigen Untersuchungszeitraum, der die Hausse 1959/60 und die Baisse der Jahre 1961/62 umfaßt, ergaben sich spezifische Verhaltensweisen, die den gängigen Stereotypen vom Aktionärsverhalten widersprechen. Als wichtigstes Ergebnis zeichnet sich die große Stabilität der Aktionäre ab, d. h. ihre weitgehende Unbeeinflussbarkeit von dem Auf und Ab der Börse. Für die Bewer-

tung des Sparprämiengesetzes ist es aufschlußreich, daß gerade die zu fördernden Aktionäre aus den unteren Schichten aus irrationalen Gründen nur wenig davon Gebrauch gemacht haben. Um also den angestrebten Gesetzeszweck zu erreichen, wäre es notwendig, vorher eine Verhaltensänderung durch Aufklärung, Beratung usw. zu induzieren, oder anders ausgedrückt, ohne entsprechende Vorarbeiten sind eigentumpolitische Gesetze u. U. wenig wirksam.

Alles in allem ist die Arbeit Leverkus' für das künftige Vorgehen auf dem Gebiet der Eigentumpolitik mittels Aktien sehr aufschlußreich und verdient eine weitgehende Beachtung.

Dieter Stilz, Berlin

Günter Menges (Hrsg.): Entscheidung und Information. Einführung in moderne Entscheidungskalküle und elektronische Informationssysteme. Frankfurt a. M./Berlin 1968. Alfred Metzner. 102 S.

Die vorliegende Schrift enthält vier Vorträge, die 1968 im Rahmen einer von der Universität des Saarlandes und der Volkshochschule Saarbrücken veranstalteten Hochschulwoche über „Moderne Methoden der Unternehmenslenkung“ gehalten wurden.

Im ersten der Vorträge gibt *Menges* zum Thema „Entscheidungen unter Risiko und Ungewißheit“ zunächst einen kurzen historischen Überblick und diskutiert dann die gängigsten Entscheidungskriterien an Hand eines Beispiels, bei dem auch die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung durch den Entscheidenden mitherücksichtigt werden. Abschließend werden die praktischen Schwierigkeiten bei der Anwendung derartiger Entscheidungsmodelle erörtert, und es wird auf die wichtigsten bisherigen Anwendungsbereiche hingewiesen. *H. Schneeweiß* zeigt in seinem Vortrag über „Monte-Carlo-Simulation als Entscheidungshilfe“ mit einem Warteschlangenprozeß als Beispiel, worauf diese Methode zur Analyse komplizierter Systemabläufe beruht und was sie zu leisten vermag. Der Vortrag von *H. Hax* über „Investitionsentscheidungen in der Unternehmung“ bietet mit einem Minimum an technischem „Jargon“ einen erstaunlich weitgespannten Einblick in den Stand der wissenschaftlichen Diskussion zu diesem Thema und arbeitet sehr klar die methodischen und sachlichen Probleme heraus, um die es im einzelnen dabei geht. Schließlich erörtert *O. H. Poensgen* „Möglichkeiten und Grenzen elektronischer Informationssysteme“, wobei er ausführlich vor allem die Frage prüft, ob und inwieweit Computer „Intelligenz“ besitzen.

Obwohl die Vorträge sich ursprünglich an ein breiteres, nicht unbedingt fachlich vorgebildetes Publikum richteten, sind sie als einführende und anregende Lektüre auch — und gerade — für Studenten sehr zu empfehlen. Sie sollten insbesondere geeignet sein, auf nahezu „schmerzlose“ Weise eine ganze Reihe schiefer und falscher Vorstellungen zu beseitigen, denen man allzuhäufig selbst bei Diplomkandidaten begegnen kann.

Eva Bössmann, Hamburg

Arnim Schlaghecken: Der ökonomische Differenzierungsprozeß im heutigen Handwerk. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 146 S.

Th. *Beckermann* vom Rheinisch-Westf. Institut f. Wirtschaftsforschung widmet sich seit zwei Jahrzehnten der empirisch-statistischen Handwerksforschung — in die er auch die Konjunkturbeobachtung für den Handwerksbereich einbezogen hat. Eine stattliche Reihe von Veröffentlichungen weist ihn als gründlichen Kenner der von ihm gepflegten Materie aus. Sein Mitarbeiter Schlaghecken hat kürzlich die obige Untersuchung vorgelegt, die als eine Art Querschnitt durch bisher erarbeitete Ergebnisse und Erkenntnisse angesehen werden kann. Der reichhaltige Differenzierungsprozeß unter den Handwerksanbietern liefert in der Tat den Schlüssel zum Verständnis dessen, daß die Kombination Industriewirtschaft und Handwerk für große Teile des letzteren mehr darstellt als ein mühsames Überleben.

Es würde zu weit führen, die verschlungenen Pfade hier nachzuzeichnen, auf denen die heutige Handwerkerschaft ihre „Integration“ in den modernen Wirtschaftsablauf (aktiv und passiv) vollzieht. Ich muß es mir auch versagen, hier der fehlenden Kongruenz zwischen institutionellem und marktanwesendem Handwerksangebot nachzugehen, die mit fortschreitender Integration wachsende Bedeutung erlangt; Schlaghecken läßt sie mit gutem Grund beiseite. Es kann aber auch bei uns dahin kommen, daß immer mehr Handwerkstätigkeiten der gesetzlich fixierten Institution verlustig gehen, ohne ökonomisch damit zu verschwinden. Wir haben es nämlich seit dem Beginn der Industrialisierung nicht nur — wie in der Literatur bis zum Überdruß abgehandelt — mit einem ökonomischen, sondern gleichzeitig mit einem „institutionellen Verdrängungsprozeß“ zu tun: Handwerk wird zunehmend anderen Bereichen eingegliedert.

Der Kernsatz der Untersuchung lautet: „Aus der unterschiedlichen inter- und intrahandwerklichen Anpassung hat sich im Handwerk ein ökonomischer Differenzierungsprozeß entwickelt. Hierunter wird die von der Anpassung der Handwerksbetriebe an wechselnde ökonomische Daten induzierte Entwicklung verstanden, durch die Teile des Handwerks trotz günstiger Voraussetzungen ... Marktanteile und Anbieter einbüßen, dagegen andere Gruppen handwerklicher Betriebe ihre Marktstellung festigen“ (S. 12). Er bestätigt zunächst einmal die Auffassung, daß die heutigen Handwerksbetriebe ihren Fortbestand der fast bedingungslosen Einordnung in die von der Industrie gesetzten Umweltbedingungen und der weitgehenden Unterordnung unter sie zu verdanken haben. Diese Umweltabhängigkeit zwingt die zu beobachtenden Anpassungsprozesse hervor. Sodann aber wäre dem Satz entgegenzuhalten, daß er vielleicht doch eine zu starke Vereinfachung ausdrückt. Auch im Rahmen seiner generellen Umweltabhängigkeit verbleibt dem Handwerk keineswegs nur die Möglichkeit, zu reagieren oder es zu unterlassen. Es dürfte vielmehr in vielen Fällen so sein, daß neue technologisch-ökonomische Daten, z. B. Elektrotechnik, Differenzierungsansätze objektiver Art schaffen, die neue Handwerkstätigkei-

ten ins Leben rufen. Das hat mit Anpassung im üblichen Sinne zunächst wenig zu tun. Dieser objektiv gegebenen Chance zur Handwerksdifferenzierung schließt sich alsdann die subjektive Realisierung (mittels betrieblich-individueller Anpassung) an, die zur weiteren Differenzierung (im Sinne von Schlaghecken) führt.

Wie man diesen Sachverhalt auch interpretieren möge — die verdienstvolle Leistung des Autors bleibt davon unberührt. Wer sich prägnant, vielseitig und zuverlässig über die moderne Handwerkswirklichkeit informieren will — er findet bei Schlaghecken einen sauber gearbeiteten Überblick.

Wilhelm Wernet, Schönmünzach

Helmut Faust: Genossenschaftswesen. Stuttgart 1969. W. Kohlhammer. 192 S.

Dieses Buch ist in eine seit langem bestehende Marktlücke gestoßen. Es gibt m. W. bisher kein anderes Buch, das auch nur annähernd so gut und schnell eine Übersicht über das Genossenschaftswesen in der BRD zu vermitteln vermag. Die Schrift gibt diesen Überblick, knapp gefaßt und nahezu umfassend, in sechs Teilen: 1. Geschichte und Wesen der Genossenschaft; 2. Arten und Erscheinungsformen der Genossenschaft; 3. Strukturorganisation der Einzelgenossenschaft; 4. Finanzierung und Geschäftsergebnis der Genossenschaft; 5. Das Genossenschaftswesen in der BRD; 6. Gegenwartsprobleme im deutschen Genossenschaftswesen. Im Anschluß an jeden dieser sechs Teile findet der Leser die wichtigste zugehörige Literatur chronologisch aufgeführt. Zudem enthält die Schrift ein Verzeichnis genossenschaftlicher Zeitschriften, Jahrbücher und Schriftenreihen, ein Personenregister sowie ein Sachverzeichnis. Dadurch wird dem Leser die schnelle Erschließung des Buches ermöglicht und der Zugang zu weiteren Informationen geöffnet. Das Buch will informieren und kann es auch, wozu allerdings folgendes zu bemerken ist:

1. Die Ausführungen zum „Prinzip der offenen Mitgliedschaft“ (S. 37 u. S. 65) können bei dem unkundigen Leser ein Mißverständnis entstehen lassen. Faust versäumt es hier klarzustellen, daß das „Prinzip der offenen Tür“, nach dem Aufnahmegesuche nicht ohne triftigen Grund abgelehnt werden können, keineswegs im deutschen Genossenschaftsgesetz festgelegt ist. Grundsätzlich kann eine eingetragene Genossenschaft die Aufnahme eines Beitrittswilligen ohne Angabe von Gründen verweigern. Das Statut kann anderes bestimmen, muß es aber nicht.

2. Der Abschnitt „Wesen der Genossenschaft“ (S. 35-46) birgt die Gefahr, daß unkundige Leser mehr verwirrt als informiert werden. Was immer man unter „Wesen der Genossenschaft“ verstehen mag, der Leser erwartet hier zumindest eine klare Definition der Genossenschaft, die ihn in die Lage versetzt, Genossenschaften als solche zu erkennen, auch wenn sie sich nicht der genossenschaftlichen Rechtsform bedienen (Genossenschaften in atypischer Rechtsform). Daß der Identität von Trägern und Kunden bzw. Lieferanten einer Unternehmung

(Identitätsprinzip) die zentrale Bedeutung für die von der Rechtsform unabhängige Identifikation einer Genossenschaft zukommt, zeigt Faust nicht.

3. Faust weist nicht einmal im 6. Teil (Gegenwartsprobleme) auf das Problem der Genossenschaft in atypischer Rechtsform hin, obwohl in den letzten Jahren die Zahl der Genossenschaften, die zu nicht-genossenschaftlichen Rechtsformen übergegangen sind, ständig gestiegen ist und nicht zuletzt deswegen eine Reform des Genossenschaftsgesetzes diskutiert wird.

4. Schließlich fällt auf, daß der 5. Teil der Schrift zwar die große Vielfalt der Genossenschaften in der BRD in aller Deutlichkeit zeigt, über ihr ökonomisches Gewicht aber kaum Auskunft gibt. Auch wenn die Angaben (Marktanteile etc.) nicht leicht zu beschaffen sind, so sollte eine zweite Auflage, in der auch die oben erwähnten Unklarheiten beseitigt werden könnten, doch auch eine statistische Übersicht über die ökonomische Bedeutung der Genossenschaften enthalten. Dann kann dieses kleine, ohnehin schon leistungsfähige Nachschlagewerk jeden, der sich schnell und umfassend über das Genossenschaftswesen in der BRD informieren will, vollkommen zufriedenstellen und die Marktlücke, in der es steht, völlig schließen.

Rolf Eschenburg, Münster

Wilfried Wunden: Die Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland im Strukturwandel. Tübingen, Basel 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) u. Kyklos. XV, 192 S.

Mit diesem Band wird von der List Gesellschaft e. V. eine instructive, anschaulich und mutig geschriebene Monographie der Textilindustrie vorgelegt. Sie „dient dem Zweck, ... Kriterien für die Beurteilung ihrer Lage in der Gegenwart zu gewinnen und gleichzeitig Möglichkeiten aufzuzeigen, wie ihre Position gestärkt werden könnte“. Aber es geht dem Autor nicht nur um die Gewinnung von Kriterien, sondern auch um die Kritik selbst.

Nach einem allgemeinen Überblick über Strukturveränderungen in den Bereichen: Produktionstechnik, Rohstoffeinsatz und Welttextilhandel werden branchenspezifische Entwicklungen in der BRD analysiert, die den Strukturwandel nach Ausmaß und Geschwindigkeit charakterisieren. Für die „aktive Anpassung“ der Textilunternehmungen an diese Veränderungen besteht Handlungsspielraum vor allem nach zwei Richtungen: Steigerung der Produktivität und Konzentration. Beide Problemkreise werden isoliert und in ihrem Zusammenhang auf Unternehmensebene erörtert. Diese Kapitel bilden mit rd. 50% des Seitenumfangs nicht nur quantitativ das Zentrum der Arbeit. Vermissen man bei der Produktivitätsanalyse, als Ergänzung zu den internationalen Vergleichswerten, einen intersektoralen Vergleich, der für die Positionseinschätzung der Branche nicht unerheblich ist, so darf die Konzentrationsanalyse — mit empirischem Material vorbildlich belegt — als hervorragend gelungen bezeichnet werden. Das gilt insbesondere

für jene Passagen, in denen die gegenüber der Konzentration zahlreich vorgetragenen Wenn und Aber als Versuch zur Selbsttäuschung klassifiziert werden, vor unüberlegter Kopie ausländischer Vorbilder gewarnt und ein Höchstmaß an Rationalität gefordert wird. Konzentration ist eine Methode, um im internationalen Wettbewerb beständige Marktpositionen zu realisieren, jedoch kein Mittel zur Beseitigung akuter Schwierigkeiten oder gar eine Forderung der Zeit, deren äußerer Vollzug die ökonomischen Effekte automatisch hervorbringen könnte.

Die Veränderung der relevanten Größen in der deutschen Textilindustrie, konfrontiert mit analogen Strukturwandlungen im Raum der europäischen Industrienationen, läßt die Frage nach dem Einfluß der Wirtschafts- und Verbandspolitik auf den Anpassungsprozeß entstehen. Dieses Problem wird in einem Schlußkapitel behandelt, das mit Kritik nicht spart, aber (und das vermutlich nicht nur beim Rezensenten) in einigen grundsätzlichen Punkten zur Antikritik herausfordert. Nur so viel sei hier erwähnt: Wenn das wirtschaftspolitische Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ zunächst einer allgemeinen Kritik unterzogen (S. 138 f.) und sodann für die strukturelle Entwicklung der Textilindustrie als nachteilig beurteilt wird (S. 139 ff.) und wenn ferner für die Partnerländer der EWG erklärt wird, daß eine „weniger doktrinäre Grundhaltung die Wahrnehmung branchenspezifischer Entwicklungen erleichtert“ (S. 142 f.), dann muß der Eindruck entstehen, es sei als bewiesen unterstellt, eine für die Textilindustrie günstigere, branchenspezifisch orientierte Wirtschaftspolitik würde *uno actu* auch eine insgesamt bessere Wirtschaftspolitik gewesen sein. Die Möglichkeit der Konfliktsituation zwischen punktuellen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen scheint ausgeklammert zu sein. — Ähnlich kontrovers ist das Urteil über die Politik des Gesamtverbandes der Textilindustrie, in das — um nur einen Punkt hervorzuheben — eine Vorstellung vom ökonomischen Zweck des Wettbewerbs und der Wettbewerbslage auf den Textilmärkten eingeht, der man schwerlich wird folgen können.

Der Wert der Untersuchung wird durch diese Einwände keineswegs herabgemindert. Man wird im Gegenteil annehmen dürfen, daß dieser Diskussionsstoff genutzt wird und damit auch indirekt die Zielsetzung der Arbeit fördert.

Raimund Mauer, Kiel

Klaus Rittenbruch: Zur Anwendbarkeit der Exportbasiskonzepte im Rahmen von Regionalstudien. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 141 S.

Unter den Instrumenten, die zur Darstellung interregionaler Verflechtungen Verwendung finden, hat das basic-non-basic-Konzept seit den Untersuchungen *Isenbergs* auch im deutschen Sprachraum eine nicht mehr zu übersehende Bedeutung erlangt. Rittenbruch versucht, unter Heranziehung der Auffassungen vieler in- und ausländischer Autoren und durch eine Konfrontation des *Isenbergschen* Ansatzes mit dem *economic base principle* zu Aussagen über die Fruchtbarkeit die-

ses Verfahrens zu gelangen, wobei er den Maßstab der Beurteilung darin sieht, daß diese Konzepte zu einer „brauchbaren regionalen Wachstumstheorie“ führen müßten (S. 11).

Folgerichtig erläutert der Verfasser zunächst die beiden Ansätze. Die zutreffende und geschickte Gegenüberstellung läßt Gemeinsamkeiten und Unterschiede schnell deutlich werden und bietet die Grundlage für eine theoretische Auseinandersetzung, im Gefolge deren die *Isenbergsche* Variante des Exportbasiskonzepts besser abschneidet als das *economic base principle*.

Die Kritik Rittenbruchs gegenüber dem Ansatz als solchem weist einmal auf die fehlende (wachstumstheoretisch natürlich sehr bedeutsame) Dynamisierung, die Verwendung von zu wenig „strategischen Variablen“ und die ausschließlich ökonomische Ausrichtung des Ansatzes hin. Was den ersten Vorwurf betrifft, so befinden sich die Exportbasiskonzepte in guter (oder besser: schlechter) Gesellschaft aller Ansätze zur Darstellung und Erklärung des regionalen Wirtschaftswachstums. Wir verfügen derzeit eben noch nicht über eine dynamische Theorie, welche eine Erklärung inner- und interregionaler Prozesse zu leisten vermöchte. Auch die Kritik an der Erfassung allein ökonomischer Faktoren weist nicht auf ein Spezifikum der Exportbasiskonzepte hin. Die Bedeutung des *environments* ist allen Regionalforschern hinlänglich klar. Sie zu erfassen und zu bewerten, bereitet jedoch große Schwierigkeiten ähnlich denen, die bei gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analysen auftreten. Auch das alternative Vorgehen, das der Verfasser in seinem Schlußkapitel skizziert, schaltet dieses Problem nicht aus.

Daß Rittenbruch es für unzureichend hält, im Rahmen dieses Konzepts allein auf exportrelevante gewerbliche Aktivitäten und Aktivitäten im tertiären Sektor abzustellen, kann für den Planer kein Grund sein, „aus diesen Ausführungen den Schluß (zu) ziehen, daß ihm die Exportbasiskonzepte bei den Aufgaben, die er zu lösen hat, nicht helfen können“ (S. 105). Entscheidend für die Fruchtbarkeit des Ansatzes ist nicht der Grad der Vereinfachung der gewiß sehr „komplexen Beziehungen“, welche die Anwendung eines Instruments mit sich bringt, sondern die empirisch gesicherte Richtigkeit der Ergebnisse. Wiederum sei auf *Isenbergs* Arbeiten verwiesen, die m. E. zeigen, daß — wie der Verfasser denn ja auch selbst schreibt — „die Kernidee der Exportbasiskonzepte in vielen Fällen zutreffend ist“ (S. 105). Anders als Rittenbruch meine ich, er habe nicht nachgewiesen, daß die Exportbasiskonzepte „bestimmten theoretischen Mindestanforderungen nicht genügen“ (S. 129), soweit man derartige Anforderungen billigerweise, d. h. gemessen am Stand unserer heutigen theoretischen Möglichkeiten, stellen kann. Regressionsanalysen, von denen im Zusammenhang mit dieser Kritik unter Hinweis auf die Erarbeitung von Regionalprognosen die Rede ist, dürften kaum zu besseren Ergebnissen führen!

Gelingt es dem Verfasser nun zu zeigen, daß mit dem „Modell zur simultanen Projektion von wirtschaftlicher und demographischer Ent-

wicklung“ (S. 122) von *Czaminski* mehr gewonnen wäre? Nun, abgesehen davon, daß dieses Modell eine ganz spezielle Fragestellung verfolgt, nämlich die Erklärung des Wachstums der Städte, stellt sich hier dasselbe Problem der Identifizierung von für das regionale Wachstum relevanten Faktoren. Der hier verwendete Gedanke der „komplementären“ Industrien ist bereits in dem Tragfähigkeitskonzept von *Isenberg* enthalten, wie der Verfasser selbst bemerkt (S. 124), und auch die Netto-Investitionen sind in den Exportbasiskonzepten nicht vernachlässigt. Sie aber als alleinige Determinante des regionalen Wachstums zu wählen, wie das bei diesem Ansatz geschieht, begegnet ebenfalls nicht geringen Bedenken, wird hier doch die „Komplexität der Beziehungen“ ebenfalls — wenn auch auf andere Weise — verkürzt.

So meine ich, daß Rittenbruch in diesem Modell kaum eine Stütze für seinen Ansatz finden wird. Der Regionalforscher dürfte aus letzterem allerdings einige sehr nützliche Hinweise für die Weiterentwicklung der Regionalanalyse und Regionalprognose entnehmen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Beschaffung von Daten, die derzeit immer noch der Minimumfaktor bei der Produktion regionaler Untersuchungen sind. Der Verfasser dieser sehr interessanten Studie kann sicherlich voller Zustimmung zu seiner abschließenden Forderung gewiß sein (S. 131): „Bei der Bedeutung, die den Regionalstudien bei einer räumlich orientierten Struktur- und Wachstumspolitik zukommt, sollte man auch von seiten der Statistik die Belange der Regionalforscher noch mehr berücksichtigen als bisher.“

Hellmuth St. Seidenfus, Münster

Hugo Heeckt: Alte und neue Aspekte der wirtschaftlichen Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr. VI, 91 S.

Von den weltwirtschaftlichen und seeverkehrstechnischen Wandlungen der letzten Jahre wurden die großen Seekanäle der Welt erheblich beeinflußt. Auch der am dichtesten befahrene dieser Wasserwege blieb davon nicht unberührt. Zu den grundlegenden Entscheidungen, vor die sich die deutsche Verkehrspolitik im Bereich der Seewasserstraßen gestellt sieht, gehört die Frage, ob der Nord-Ostsee-Kanal den veränderten Anforderungen des Seeverkehrs ständig angepaßt werden kann und soll. Einer Untersuchung der volkswirtschaftlichen Grundlagen dieser investitionspolitischen Entscheidungen, die erhebliche finanzielle Größenordnungen erreichen, ist die neue Studie Heeckts gewidmet.

Ihr Ausgangspunkt ist die Tatsache, daß in der bisherigen Geschichte des 1895 eröffneten Kanals meistens weder eine Kapitalverzinsung noch eine Deckung der laufenden Betriebskosten durch eigene Einnahmen der Kanalverwaltung erzielt werden konnte. Die Analyse gipfelt daher in Überlegungen, ob bei einer Erweiterung der Durchlaßfähigkeit des Kanals durch eine geeignete Tarifpolitik die Eigenwirtschaftlichkeit des Kanals oder wenigstens eine Verlustminimierung zu erreichen ist. Zu denken ist hier hauptsächlich an eine nachfragebezogene

Gebührendifferenzierung, z. B. nach Schiffsgrößenklassen, geographischen Aspekten usw.

Bevor diese Probleme aufgeworfen und abgehandelt werden, prüft der Verfasser die Wandlungen in der wirtschaftlichen Bedeutung (der „Verkehrswertigkeit“) des Kanals sowie seine Einflüsse auf die regionale Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins, um eine Beurteilungsgrundlage zu gewinnen. Dabei ist bemerkenswert, daß die Leistung des Kanals seit längerer Zeit mehr oder minder stagniert. Ursachen dafür sind die Verminderung des Anteils der Ostseefahrt am Weltseeverkehr, die Steigerung der Seeschiffsgrößen in der Massengut- und Tankfahrt sowie das Vordringen des Fährverkehrs im Ostseebereich (hier scheint ein gewisser Widerspruch zwischen S. 19 und 20 zu bestehen). Außerdem verringern sich die Vorteile der Kanalfahrt für schnelle Schiffe wegen der notwendigen Geschwindigkeitsbegrenzungen im Kanal zunehmend.

Während das Bild der reinen Verkehrsbedeutung des Nord-Ostsee-Kanals daher gegenwärtig nicht allzu günstig aussieht — auch wenn die laufenden Erweiterungsmaßnahmen die Durchlaßfähigkeit technisch gesehen an die erhöhten Anforderungen anpassen können —, kommt die Analyse der regionalwirtschaftlichen Impulse, die von ihm ausgehen können, teilweise zu besseren Resultaten. Allerdings beschränkt sich die Untersuchung auf mehr oder weniger hypothetische Möglichkeiten solcher Standortwirkungen. Auch dabei ist festzustellen, daß die für Schleswig-Holstein am meisten wachstumswirksamen Industrien verhältnismäßig wenig auf Transportkostenvorteile angewiesen sein werden. Immerhin ergeben sich nach Heeckts Ermittlungen doch verschiedene positive Ansätze solcher regional bedeutsamen Wachstumsimpulse. Ebenso werden die Transitfunktionen nach wie vor als im Wachstum der Ostseeländer — wegen der nautischen Begrenzungen der dortigen Seewege und Häfen — gewichtig angesehen.

Die ökonomischen Chancen zur finanziellen Verbesserung der Lage des Kanals werden aber als relativ gering veranschlagt, da die Möglichkeiten einer quasi-monopolistischen Gebührendifferenzierung recht gering sind und insbesondere eine zunehmende Diskrepanz zwischen den Kosten der Anpassung an wachsende Schiffsgrößen und den Möglichkeiten ihrer tariflichen Belastung auftritt. Dabei ist vor allem zu beachten, daß diese Tarifierung zu Lasten der deutschen Interessen gehen kann und die früheren Vorteile für den Osthandel der westeuropäischen Länder und Seehäfen inzwischen eher ins Gegenteil verwandelt wurden.

Die Heecktsche Studie, die in mancher Hinsicht an ältere Schriften des Verfassers anknüpft, beleuchtet ihren Gegenstand von zahlreichen Seiten aus. Sie illustriert die Problematik eines wesentlich auch unter nicht-ökonomischen Aspekten erbauten Kanals im Wandel des Weltseeverkehrs und kann in einigen Beziehungen wahrscheinlich als symptomatisch für die Stellung der anderen Seekanäle angesehen werden. Daß das Ergebnis der Analyse eher „sowohl ... als auch“ lautet, liegt

in ihrer Anlage und dem Zweck. Klar herausgearbeitet wurde jedenfalls, daß Entscheidungen über die Zukunft des Nord-Ostsee-Kanals zwischen Eigenwirtschaftlichkeit und gemeinwirtschaftlichen Aufgaben im Rahmen der norddeutschen Regionalentwicklung abwägen müssen.

Hans Böhme, Göttingen

Harald Jürgensen und Dieter Aldrup: Verkehrspolitik im europäischen Integrationsraum. Baden-Baden 1968. Nomos Verlagsgesellschaft. 189 S.

Wie kaum auf einem anderen Teilgebiet der europäischen Integrationsbemühungen bestehen in der Verkehrspolitik zwischen den Regierungen Konfliktmöglichkeiten, die dazu geführt haben, daß dieser Bereich bislang noch die geringsten Fortschritte im Hinblick auf eine gemeinsame Politik zeigt. Dabei ist die Fülle von Vorschlägen und sonstigen Materialien, die von der Kommission im Verlaufe der vergangenen 12 Jahre erarbeitet und die dann zum überwiegenden Teil vom Ministerrat wieder verworfen wurden, fast unübersehbar. Diese Vielzahl von Einzelproblemen führt gelegentlich dazu, völlig den Überblick über die Gesamtproblematik und den tatsächlichen Integrationsstand auf dem Gebiet des Verkehrs zu verlieren. In dieser Situation füllt das Buch von Jürgensen und Aldrup eine fühlbare Lücke, ordnet es doch die Verkehrspolitik im europäischen Integrationsraum in den Gesamtkomplex der europäischen Wirtschaftspolitik ein und deutet rückblickend und vorwärtsschauend die erkennbaren retardierenden und fortschrittsfördernden Entwicklungen.

Die Studie gliedert sich in drei Teile. Zunächst erfolgt eine grundsätzliche Analyse der wirtschaftspolitischen Ziele und Erwartungen der an der Integration beteiligten sechs Unterzeichnerstaaten der Römischen Verträge: Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik. Hier wird eine für die Gesamtuntersuchung hochbedeutsame These entwickelt, die ihre Grundlagen in der Oligopoltheorie findet: Die starke außenwirtschaftliche Interdependenz der Staaten läßt nach Meinung der Verfasser den Rom-Vertrag „in der Gesamtheit seiner materiellen Vorschriften und Verfahrensregeln sowie in der vorgeplanten institutionellen Gliederung als modernes Musterbeispiel zur Sicherung eines internationalen Oligopolfriedens auf dem Feld der Außenwirtschaftspolitik“ erscheinen (S. 21). Das dieserart geschaffene wirtschaftspolitische Kartell der EWG-Staaten „dient nicht der Ausschaltung nationaler Rivalitäten schlechthin . . . Lediglich die funktionslose ‚ruinöse Konkurrenz‘, die mehreren unter Oligopolbedingungen außenwirtschaftlich operierenden Regierungen bei einem unabhängigen Vorgehen stets droht, wird ausgeschaltet“ (S. 25). Diese Strategie nun bildet nach Auffassung der Verfasser den Rahmen und Erklärungshintergrund für die verkehrspolitischen Integrationsaktivitäten.

Der zweite Teil der Studie widmet sich den Aufgaben der Verkehrspolitik in einer Wirtschaftsunion. Dabei wird ein Maximalprogramm entwickelt, das sich recht heroisch dadurch auszeichnet, daß es annimmt, alle Partnerstaaten strebten uneingeschränkt eine gemeinsame Verkehrspolitik an und es bestünden keine Harmonisierungswiderstände. Dann bestehen die Ziele einer europäischen Verkehrspolitik in der Unterstützung einer Diversifizierung der Verkehrsnachfrage, der Förderung eines kostengünstigen Angebotes, der Verminderung struktureller Überschuß- und Fehlkapazitäten bei den Verkehrsmitteln, einer wachstumsgerechten Steuerung struktureller Disparitäten in der Verkehrsinfrastruktur und in der Erlangung der Bereitschaft, Ziele und Instrumente der Verkehrspolitik im Hinblick auf neue sozioökonomische Entwicklungen und einschlägige Erfahrungen stets neu zu überprüfen.

Die Verfasser untersuchen die Gründe und Folgen, warum bislang die europäische Verkehrspolitik diese Ziele nicht erreichen bzw. überhaupt nicht eindeutig verfolgen konnte. Dabei zeigt sich die liberale marktwirtschaftliche Basis, von der aus geurteilt wird und die keinen Raum für verkehrsdirigistische und unter dem Mantel einer falsch verstandenen Gemeinwirtschaftlichkeit verborgene Strategien der einzelnen Staaten läßt. Sie glauben, daß in einer rationalen Verkehrskonzeption nur noch die „innovierende Verkehrspolitik“ als „dynamische Grundkonzeption“ (S. 55) Chancen hat, die Folgen der traditionellen Binnenverkehrskartelle (steigende Eisenbahndefizite, Überkapazitäten in der Binnenschifffahrt, Unterversorgung mit Verkehrswegekapazitäten, Ausschaltung eines funktionsfähigen Preis- und Qualitätswettbewerbes etc.) zu überwinden. Insbesondere widmen sich die Verfasser den damit auftretenden Zielkonflikten, die anhand der Beispiele Tarif- und Kapazitätspolitik, Gleichheit der Startbedingungen im Wettbewerb und der Verkehrsinfrastrukturpolitik diskutiert werden. Es zeigt sich, daß eine europäische Verkehrspolitik vor allem der „Überwindung des Antagonismus zwischen einer statischen Strukturerhaltungs- und einer dynamischen Strukturverbesserungspolitik im europäischen Verkehrswesen“ (S. 82) dienen muß, wobei — wie in der allgemeinen Wirtschaftspolitik — eine Mischung aus marktwirtschaftlicher Steuerung und staatlicher Lenkung herauszufinden ist, die ein „befriedigendes“ Funktionieren (im Sinne des Zielkatalogs der Verfasser bei maximalem Integrationsgrad in der Europäischen Gemeinschaft) der Verkehrswirtschaft gewährleistet.

Der dritte Teil der Untersuchung kontrastiert ein „Minimalprogramm“, bei dem die gesamte Verkehrspolitik als Bindeglied zwischen den bestehenden nationalen Verkehrsordnungen auftritt. Damit erfolgt eine Annäherung an die in der Integrationsrealität existierenden Verhältnisse. Nach einer Darstellung der bislang erreichten Vereinbarungen für eine gemeinsame europäische Verkehrspolitik, die verdeutlicht, daß vor allem unabhängig von den Integrationsbestrebungen in der

europäischen Verkehrswirtschaft ein hoher Grad an Zusammenarbeit besteht, läßt sich eine erste Bilanz ziehen: Die bislang in Brüssel erzielten Vereinbarungen sind enttäuschend, wird das Integrationsziel des EWG-Vertrages als Beurteilungskriterium gewählt. Vor allem die Liberalisierungsbemühungen haben kaum Erfolge gezeitigt. Weder in den Einzelstaaten noch im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften sind die Fragen einer strukturellen Umgestaltung der Eisenbahnen, deren finanzwirtschaftliche Situation letztlich Art und Ausmaß der Begrenzung des fallweisen verkehrspolitischen Dirigismus bestimmt, und der Wettbewerbsordnung (Preise und Kapazitäten) noch die Koordinierung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen auch nur grob beantwortet. Insofern ist die Grundaussage der Ausführungen von Jürgensen und Aldrup wenig erfolgsbestimmt, gemessen an ihrer liberal konzipierten Auffassung eines funktionsfähigen Leistungswettbewerbs in der Gemeinschaft.

Seit dem Erscheinen des Buches hat einerseits das sog. Verkehrspolitische Programm der Bundesregierung dazu beigetragen, in Brüssel zumindest den Gang der Verhandlungen im Ansatz zu beschleunigen. Die Kontennormalisierung bei den Eisenbahnen wurde vorangetrieben, ebenso die Überlegungen zur Kapazitätsbeeinflussung in der Binnenschifffahrt. Von der Kommission wurde die Wegekostenfrage erneut in den Mittelpunkt einer breiten Diskussion gestellt, wengleich wettbewerbspolitisch bedeutsame Vereinbarungen auch noch fehlen. Insofern hat die Entwicklung nach dem Erscheinen des vorliegenden Buches die Überlegungen der Verfasser substantiell nicht entwertet. Für jeden, der sich mit grundlegenden und theoretischen sowie den praktischen Fragen einer europäischen Verkehrspolitik beschäftigt, stellen die Ausführungen von Jürgensen und Aldrup eine wichtige Basis für die Urteilbildung dar. Dies gilt auch dann, wenn der betont wettbewerbswirtschaftlichen Grundeinstellung der Verfasser nicht gefolgt werden sollte. Die recht flüssig geschriebene Abhandlung erschließt sich dem Leser erfreulich schnell. Eine empfehlenswerte Lektüre!

Gerd Aberle, Köln

H. Jörg Thieme: Die sozialistische Agrarverfassung. Ein Ausnahmehereich im Wirtschaftssystem der DDR. Stuttgart 1969. Gustav Fischer. 180 S.

Der erste Teil dieser mit viel Fleiß angefertigten Arbeit beginnt mit der kommunistischen Agrartheorie und legt kurz dar, wie sich *Marx, Engels, Lenin* und andere Schriftsteller die Einfügung der Landwirtschaft in eine sozialistische Gesellschaft dachten. Nach Thieme hat sich die mitteldeutsche Agrarpolitik an den Prinzipien der marxistisch-leninistischen Agrartheorie orientiert, und die darin konzipierte langfristige Transformation der Agrarverfassung ist in Mitteldeutschland beispielhaft verwirklicht worden (S. 3).

Der darauffolgende Abschnitt befaßt sich mit der gegenwärtigen Eigentumsverfassung der mitteldeutschen Landwirtschaft und zeigt in einem kurzen historischen Rückblick den administrativ durchgesetzten Wandel vom individuellen zum genossenschaftlichen Gruppeneigentum in den vergangenen drei Jahrzehnten auf. Nach Veröffentlichung eines neuen Agrarprogramms der DDR kann man der Aussage nicht mehr ohne weiteres zustimmen, daß die ordnungspolitische Aktivität der mitteldeutschen Agrarpolitiker keine Tendenz zeige, „die noch vorhandenen privaten und vor allem genossenschaftlichen Eigentumsformen in Staatseigentum umzuwandeln“ (S. 16). Das im September 1968 veröffentlichte Agrarprogramm läßt nämlich keinen Zweifel darüber, daß die mitteldeutsche Landwirtschaft abermals einem starken Wandel unterworfen wird, und somit müssen die Ende der sechziger Jahre vorhandenen Eigentumsformen wieder in Frage gestellt werden.

Gut herausgearbeitet wurden — unter Zuhilfenahme der mathematischen Symbolsprache und von Beispielsrechnungen — die Verteilungsprinzipien bzw. -rechnungen der landwirtschaftlichen Betriebe in Mitteldeutschland. Es ist der umfangreichste Abschnitt dieser Arbeit, der den Leser an die Verteilungsrechnung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), Volkseigenen Güter (VEG) und der immer mehr im Schwinden begriffenen Privatproduzenten herführt.

Im zweiten Teil der Studie geht es um die zentrale Lenkung der Landwirtschaft in Mitteldeutschland. Die Planung und Prozeßlenkung der mitteldeutschen Agrarwirtschaft dürfte an keiner Stelle der hier vorhandenen westdeutschen Literatur so ausführlich beschrieben worden sein wie in dieser Arbeit. Es werden dabei zwei Entwicklungsphasen aufgezeigt: die Phase der vorwiegend administrativen Prozeßlenkung (1947/48-1962/63) und die Phase der Agrarprozeßlenkung mit vorwiegend ökonomischen Steuerungsinstrumenten (ab 1964). Leider unternimmt der Autor nicht den Versuch, die Effizienz der von ihm verbal erläuterten Agrarpreispolitik an Hand von Jahresdaten oder Saisonkurven bis in die jüngste Zeit zu testen.

Für denjenigen Leser, der nicht mit beiden Beinen in der DDR-Forschung steht, ist die Studie an vielen Stellen „schwere Kost“. Der Autor nimmt nämlich die DDR-Terminologie als gegeben. Er erreicht damit eine relativ geschlossene Argumentation, verzichtet aber, ob bewußt oder unbewußt, sehr oft auf einen Vergleich mit den in der Bundesrepublik Deutschland üblichen Begriffen.

Man darf weiter davon ausgehen, daß der Autor seine Studie sicherlich weniger deskriptiv historisch angelegt hätte, wenn ihm das neue Agrarprogramm der DDR bei der Konzeption der Arbeit zur Verfügung gestanden hätte. Da mit dem Erscheinen dieses Programms Einzelheiten der Studie überholt sind, kann der Leser dem Autor aber dankbar für seinen nachträglich geschriebenen Zusatz über das neue agrarpolitische Programm der DDR für 1969/70 (S. 155 ff.) sein.

Der Autor geht davon aus, daß laut Lehrbuch der Politischen Ökonomie in der sozialistischen Planwirtschaft das staatliche Eigentum die Grundlage des Wirtschaftens ist und daß man in der Agrarwirtschaft der DDR insofern davon abweiche, als man neben einer relativ geringen Zahl staatlicher Betriebe — sie bewirtschaften weniger als 10 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche — hauptsächlich „genossenschaftliches“ und auch noch privates Eigentum an Produktionsmitteln zulasse. Da aber auch beim Handwerk in der DDR das „genossenschaftliche“ und private Eigentum im Vordergrund stehen, dürfte der gewählte Titel, wonach die Agrarverfassung ein Ausnahmehereich im Wirtschaftssystem der DDR sei, nur vom orthodoxen Lehrbuchstandpunkt ganz treffend gewählt sein. Ferner ist auch in anderen kommunistisch regierten Ländern die „genossenschaftlich“ betriebene Landwirtschaft nicht eine Ausnahme, sondern die Regel.

Abschließend darf gesagt werden, daß es sich bei der vorliegenden Studie um eine sehr verdienstvolle Durchleuchtung der agrarpolitischen Probleme in einer sozialistischen Planwirtschaft handelt. In dem beigefügten Autorenverzeichnis dürfte selbst der orientierte Leser auf manche Veröffentlichung stoßen, die ihm bisher entgangen war. Die Studie ist deshalb zur Einführung in die auftretenden Organisations- und Steuerprobleme der mitteldeutschen Agrarwirtschaft sehr gut geeignet.

Helmut Unger, Kiel

Hans-Jürgen Schmitz: Faktoren der Preisbildung für Getreide und Wein in der Zeit von 800-1350. Stuttgart 1968. Gustav Fischer. VIII, 134 S.

Die agrargeschichtlichen Quellen aus der Zeit vor der großen Agrarkrise des 14. Jahrhunderts sind wenig umfangreich. In der Literatur wird dies immer wieder deutlich. Daß aber sogar die vorhandenen Überlieferungen nicht voll ausgewertet worden sind, zeigt erneut die Abhandlung von Schmitz. Er hat sämtliche Skriptores-Bände der Folio-Ausgabe der *Monumenta Germaniae Historica* nach Angaben über die Kultur, die Lagerung, den Handel und die Verwertung von Getreide und Wein durchgesehen und nach dem Gesichtspunkt geordnet, in welcher Weise die Preise für diese beiden Handelsgüter agrarischen Ursprungs von einzelnen Faktoren (Witterung, Boden, Seuchen, Verkehrsverhältnisse usw.) beeinflußt wurden. Im wesentlichen bestätigt die Arbeit die bisherigen speziell preishistorischen Forschungen (insbes. von W. Abel) und die allgemein agrarhistorischen Untersuchungen (insbes. von B. H. Slicher van Bath). Was bisher aber nur skizziert, angedeutet oder gar nur vermutet werden konnte, kann jetzt als bewiesen angesehen werden. Dies gilt vor allem für das Ausmaß des Handels mit Getreide und auch mit Wein. Trotz der Fülle an Material, das Schmitz zusammengestellt hat, bleiben aber viele Lücken, da die Quellen nicht einheitlich sind und auch nur bruchstückhaft Auskunft geben können, so daß recht häufig eine Interpretation oder gar eine gedank-

liche Ergänzung erforderlich war. Leider ist dabei nicht immer mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen worden. So fehlen bei Kaufvorgängen nicht selten die Mengenangaben. Schmitz ersetzt diese dann z. B. durch die Bemerkung, daß diese sehr geringfügig und mithin der Preis „sehr hoch“ gewesen sein muß, da die Quelle, eine Klosterchronik, „vermuten“ lasse, „daß die eingekauften Vorräte größtenteils für den eigenen Verbrauch bestimmt waren“ (S. 30). Solche kleinen Fehlgriffe können aber den Gesamteindruck des Buches nicht wesentlich beeinträchtigen. Mancher Leser wird sicher auch bemängeln, daß man ein wirtschaftsgeschichtliches Problem nicht an Hand einer beschränkten, mehr oder weniger zufällig zusammengestellten Zahl von Quellen erörtern sollte. Arbeitstechnisch ist diese Bescheidung aber wohl erforderlich gewesen. Man kann nur hoffen, daß durch den Erfolg der intensiven Forschungen des Verfassers andere Untersuchungen zum gleichen Problem — unter Benutzung weiter vorhandener Quellen — und zu anderen Fragestellungen für die Zeit des frühen und des hohen Mittelalters angeregt werden.

Friedrich Wilhelm Henning, Göttingen